11. Jahrgang — Bochum, den 24. Juni 1922 — Nummer 25

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 4 Mark, vierteljährlich 12 Mark; durch die Post bezogen monatlich 5 Mark, vierteljährlich 15 Mark. — Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen.

Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schudy; Druck: H. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bochum, Wiemelhauser Str. 38—42. Telephon-Nrn. 88, 89 u. 98. Telegr.-Adr.: Altverband Bochum.

Das „Nein" der Ruhrbergarbeiter.

Wer die Bergbauverhältnisse und die Bergarbeiter kennt, war sich von vornherein klar, daß die Bergarbeiter unter diesen Umständen jedes Ueberschichtenabkommen ablehnen. Die Ursachen der Ablehnung liegen weniger in einer Abneigung gegen jegliche Ueberschichten. Dies zu behaupten überlassen wir den Winkelpolitikern, die vor der Wahrheit den Kopf in den Sand stecken. In wilder Ueberarbeit verfahren heute schon einzelne drei- bis viermal mehr Ueberschichten, als in dem Abkommen vorgesehen war. Man kann auch nicht behaupten, daß die Bergarbeiter kein Verständnis für die Volksnot haben; kein Beruf hat bisher dieses Verständnis so bewiesen, als gerade die Bergarbeiter. Dafür verlangen sie aber Gegenleistungen, welche in lange geforderten Bergarbeiterrechten bestehen, Rechte, deren Erfüllung keine Belastung des Volksganzen bedeutet. Und wie steht es damit? Diese Rechte werden von einer schwerfälligen Bureaukratie verzögert oder von den Werksbesitzern **aus Prinzip** verhindert! **Aus der ablehnenden Haltung der Bergarbeiter spricht der Trotz, welcher sich naturgemäß bei ihnen aufspeichern mußte.** Die Bergarbeiter mußten den Glauben verlieren, daß man es mit ihren Rechten ernst meine.

Es ist Tatsache, daß eine Kohlennot besteht, und ernsthaft denkende Bergarbeiter wollen sich dieser Tatsache auch nicht verschließen. Kein Mensch wird auch behaupten, daß die Reichsminister, die doch eine Uebersicht über Dinge haben müssen, aus purem Uebermut nach dem Ruhrrevier kommen, um mit den Bergarbeitern selbst zu verhandeln. Nur ein gehirnkranker Fanatiker wird verborgene Ränke hinter den Organisationsführern suchen, welche sich für eine vorübergehende Ueberarbeit aussprachen. Als die Reichsregierung an die Organisationen herantrat, für die Sommermonate ein Ueberschichtenabkommen abzuschließen, antworteten diese, daß sie nicht für solches Abkommen eintreten können, weil die Forderungen der Bergarbeiter auch nicht annähernd erfüllt sind. Die Reichsregierung versprach, das Möglichste zu tun, um die Bergarbeiter zu befriedigen, und bat um die Gelegenheit, mit den Bergarbeitern selbst darüber verhandeln zu können. Diese Möglichkeit mußte ihnen gegeben werden. Selbstverständlich konnten die Führer, die doch selbst von der Kohlenmisere überzeugt sind, in dieser Konferenz nicht gegen die Reichsregierung sprechen, sondern mußten ihrer Ueberzeugung gemäß handeln. **Die Unternehmer behaupteten stets in Verhandlungen sowohl als in der Presse, daß die Bergarbeiter zu Ueberschichten bereit seien und die Organisationsvertreter diese nur verhindern wollen! Zur Begründung führten sie die maßlosen wilden Ueberschichten im Ruhrbergbau an.** Wie die Bergarbeiter tatsächlich denken, hat die Reichsregierung in der Konferenz zu erfahren Gelegenheit gehabt.

Nachdem dies geschehen ist, setzte die Hetze gegen die Bergarbeiter und die Organisationsvertreter ein. Die Unternehmer stecken den Dämpfer nicht etwa ruhig ein, sondern lamentieren über den Unverstand der Bergleute. Sie sind die letzten, die dazu berechtigt sind, **denn ihr reaktionärer Geist, ihre Prinzipienreiterei ist es, welche die Bergarbeiter so verbittert hat.** Unter Anführung des Stinnesblattes „Industrie- und Handels-Zeitung" schreibt auch jetzt noch die Unternehmerpresse: **„Es werden weiter die freiwilligen Ueberschichten verfahren werden zu einem geringeren Lohn, als es die Lohnerhöhung gegeben hätte."** Leider ist es wahr, daß es Elemente auch im Bergbau gibt, die das eigene Ich vor die Allgemeinheit setzen und in maßlosen Ueberschichten die Verbesserung ihrer Lage erstreben. Auf diese fällt die ganze Wucht der kommunistischen Anklage: „Zerstörer der Volksgesundheit!" Es gibt keinen denkenden Bergarbeiter, der nicht überzeugt ist, daß die ein- oder zweimalige Doppelschicht in der Woche viel schädlicher ist, als vier Stunden Ueberarbeit in der Woche, die sich auf vier Tage verteilt. Volkswirtschaftlich ist dieses nach zwei Seiten hin zu verwerfen: erstens wird die Volksgesundheit ruiniert und zweitens leidet die Volkswirtschaft in materieller Hinsicht darunter. **Die wilden Schichten verteuern die Produktion ungeheuer und tragen nicht zur Hebung der Förderung bei.** Wo ist eure Logik, ihr Unternehmer, die ihr euch auf die wilden Ueberschichtenmacher und die vielen Ueberschichten beruft, während gleichzeitig die Förderung sinkt? Die Abwanderung aus dem Bergbau soll es sein? Unsinn! Gewiß, die geringste Abwanderung schadet der Produktion. So schlimm ist es aber auch gar nicht. Im April sind etwas über 5000 Bergarbeiter abgekehrt. Im Mai folgten noch einige Tausend. Diese Abwanderung hätte aber durch die Ueberschichten mindestens wettgemacht werden müßen, das Gegenteil trat jedoch ein. Zwar jammert die Unternehmerpresse über die Abwanderung, wenn aber an zuständigen Stellen darauf verwiesen wird, daß die niedrigen Löhne die Ursache sind, dann reden die Unternehmer, daß es doch nicht so schlimm mit der Abwanderung sei. Fünftausend Abgekehrte hätten 125 000 Schichten monatlich geleistet; nach dem Spektakel der Unternehmer müßen aber die wilden Ueberschichten diese Zahl bedeutend übersteigen. Wo bleibt da die Logik?

Es ist unverkennbar richtig, daß vorübergehende organisierte Ueberschichten eine Fördersteigerung bringen. Das darf jedoch nicht das Ja und Amen derer sein, die eine volkswirtschaftlich gesunde Produktionssteigerung erstreben. Diese muß zu erreichen sein durch andere Mittel, z. B. durch technische Vervollkommnung. Auf der letzten Generalversammlung des Zechenverbandes mußte Bergassessor v. Löwenstein zugeben, daß im letzten Jahre „eine Fördersteigerung von über sechs Millionen Tonnen trotz Fortfalls des Ueberschichtenabkommens" erzielt wurde. Wir sind überzeugt, daß eine gesunde Bergbauwirtschaft, wenn auch nur schrittweise, eine Besserung bringen muß.

Was sich die Linksradikalen bei dieser Gelegenheit an Kapriolen leisten, übersteigt jedes gewohnte Maß. Wir schenken ihnen die kindische Freude, daß sie es waren, die zu dem Standpunkt der Kameraden beigetragen haben. Daß dies lächerlich ist, hat die Aussprache der Kameraden in der Konferenz bewiesen. Die Kameraden haben dort gezeigt, daß sie die wirtschaftlichen Dinge besser meistern, als die radikalen Hetzapostel. Wie muß es im Hirn eines Menschen aussehen, der eine vorpöse Staatsaktion einleitet, weil deutsche Kohlen ausgeführt werden. Hätten wir nur viel, sehr viel Kohlen, die wir im Handelswege ausführen könnten! Das sind reale Werte, Geldwerte, die wir unbedingt im Auslandshandel brauchen, um fehlende Rohstoffe einzuführen — Rohstoffe, die unsere Industrie so notwendig braucht, wie der Mensch ein Stück Brot. Mit unseren Papierwerten kaufen wir draußen nicht viel und verschlechtern damit unsere Valuta noch mehr. Ein Hinweis auf Sowjetrußland wird wohl genügen. In Rußland mangelt es an allem und es kann nur durch Einfuhr aus dem Auslande gerettet werden. Für ihre Sowjetrubel kriegen sie jedoch wenig von den anderen Ländern, sie brauchen Gegenwerte, und weil sie diese nicht haben, verpfänden sie russisches Eigentum an ausländische Privatkapitalisten.

Das „Ruhr-Echo" (Essen) leistet sich den Luxus, die Kameraden, welche für die Resolution gestimmt haben, „98 Verräter oder irregeleitete Dummköpfe" zu nennen. Jeder Konferenzteilnehmer ist der Ueberzeugung, daß alle Delegierten nach bester Ueberzeugung gestimmt haben. Hoffentlich geben die Kameraden dem kommunistischen Blatt die richtige Antwort auf diese alle Gemeinheit übersteigende Beschimpfung. Hierzu gibt es rechtliche und moralische Wege.

In der Beschimpfung und Mißkreditierung der Bergarbeiter und ihrer Vertreter gehen die Kommunisten mit den Unternehmern einen Weg. Lenin kennt seine Kommunisten, denn er sagte: **„Unser gefährlichster Feind ist heute der kommunistische Redner, der auf wichtigem Posten sitzt. Von diesem Feind müssen wir uns und unseren Staat befreien.** Hunderttausende von Lumpen, Dieben und Faulenzern haben wir zum Teufel gejagt, aber das genügt nicht. Zehntausende müssen noch dasselbe Schicksal erleiden." Lenin findet dieses Element nicht nur in Rußland, auch bei uns macht sich dieses breit. Was sind diese Menschen mehr, die hier mit Schimpfereien und dummem Gerede über wirtschaftliche Dinge sich breit machen, als das von Lenin gekennzeichnete Element! Ernste Kommunisten beschimpfen keine Bergarbeiter mit „Verräter" und „Dummköpfe". Wenn man in den kommunistischen Zeitungen einen angeblichen Bergarbeiter zu Wort kommen läßt, welcher sagt: „Keine Ueberarbeit! Nicht eine Stunde!", so raten wir diesem Bergarbeiter, sich von den Unternehmern die Adressen seiner Freunde geben zu lassen, welche „hintenherum um Ueberschichten betteln". Dort kann er mit einem flammenden Donnerkeil dazwischen fahren. Solange die Kommunisten nicht den Mut aufbringen, **auch den wilden Ueberschichtenmachern die Leviten zu lesen, die weit mehr die Arbeiterschaft gefährden als alles andere, bleibt ihr Gekreisch nur eine leere Phrase.**

Die Konferenz hat der Regierung gesagt, wie sie denkt. Mag man daraus die Schlußfolgerungen ziehen. Es ist doch Tatsache, daß das sonnenlose Leben der Bergarbeiter eine entsprechende Behandlung gefordert. Welcher andere Beruf weist die Massengräber auf, als gerade die Bergarbeiter? Wenn trotzdem einige Delegierte ausriefen: „Wir wollen für uns keine besonderen Vorrechte!", so zeugt dies von Edelmut. Der gezeigte Trotz ist verständlich, er entspringt dem angesammelten Mißtrauen, welches infolge Verschleppung und steigender Unternehmerwillkür entstanden ist. **Man komme den Bergarbeitern entgegen und man wird Gegenseitigkeit finden.** Dessen sind wir gewiß!

Weitere Verhandlungen.

Wie Kamerad Husemann am Schluß der Bochumer Konferenz erklärte, wollten die Organisationen beraten, was weiter zu geschehen hat. Am 14. Juni trat man in Berlin zur Verhandlung zusammen. In der Oeffentlichkeit tauchte die Meinung auf, daß es doch wohl noch möglich sei, aus der Situation herauszukommen, weil sich der Wert der Mark dem Ausland gegenüber wiederum verschlechtere. Nach dem Stande der Mark in der Vorwoche haben unsere Kohlenpreise bereits die des Auslandes überschritten. Man erwartete einen günstigen Verlauf der Anleiheverhandlungen und eine Besserung des Markkurses. Ueber Nacht kam ein gegenteiliger Umschwung und allein von Sonntag auf Montag stieg der Dollar von 296,62 auf 318,10 Mk. Die deutschen Kohlen dürften damit auf dem Weltmarkt wieder etwas Luft bekommen. Es ist die Tragikomik unseres Elends, daß uns eine erneute Verschlechterung der **Mark vorübergehend eine Erleichterung bringen soll.** Desto sicherer und gründlicher wird das Verhängnis sein.

In den neuaufgenommenen Verhandlungen sollen auch die Lohnforderungen der anderen Bergbaureviere erledigt sein. Für die minderproduktiven Reviere ist eine neue Lohnregelung besonders schwer. Diese haben schon bedeutend höhere Kohlenpreise und ihre Konkurrenzfähigkeit muß zuerst unterliegen.

Alle Länder leiden unter den schrecklichen Folgen des Krieges, und je schlechter ihr Geldstand, um so schwieriger ihre Lage. Am schlimmsten hat jedoch Deutschland zu kämpfen, weil es ein reiner Industriestaat ist und vom Auslande und der Rohstofflieferung abhängt.

Die am 14. Juni begonnenen Verhandlungen haben zur Einsetzung eines Schiedsgerichts geführt. Kurz vor Redaktionsschluß geht uns folgender Schiedsspruch für das Ruhrrevier zu:

Der vom Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung der Lohnstreitigkeit im Ruhrgebiet eingesetzte Schlichtungsausschuß hat in der Sitzung vom 15. Juni 1922 unter Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Mehlich, unter Mitwirkung des Ministerialrats Kralik sowie des Regierungsrats Dr. Tiburtius — als unparteiischer Beisitzer —, des Generaldirektors Stähler, der Bergassessoren Hölling und Bachmann — als Arbeitgeberbeisitzer —, des Verbandsvorsitzenden Imbusch, der Gewerkschaftssekretäre August Schmidt und Brylla — als Arbeitnehmerbeisitzer — folgenden Schiedsspruch gefällt:

Der Schlichtungsausschuß hatte sich mit der Lage zu beschäftigen, die nach dem erfolglosen Ausgang der Lohnverhandlungen in Essen am 7. Juni 1922 und in Bochum am 11. Juni 1922 entstanden ist. Gegenstand dieser Verhandlung war der Abschluß eines Lohnabkommens zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterverbänden. **Die Voraussetzungen, die für dieses Abkommen bestimmend waren, haben eine wesentliche Aenderung erfahren durch die Unterbrechung der Anleiheverhandlung, die inzwischen eingetreten ist.** Im Anschluß daran ist der Markkurs weiter gesunken. Seit Fällung des Schiedsspruchs vom 19. April 1922 ist die Teuerung gemäß den Indexzahlen bis zum 15. Juni 1922 um 18 Prozent gestiegen. In einer Reihe von Berufen außerhalb des Bergbaues sind in letzter Zeit erhebliche Lohnerhöhungen vorgenommen worden. Auch die Reichsregierung hat im Zusammenhang mit der inzwischen erfolgten Aenderung der Gesamtlage die Absicht angekündigt, demnächst die Gehälter der Beamten und Angestellten aufzubessern. Der Schlichtungsausschuß ist somit zu der Auffassung gekommen, daß eine Erhöhung der Löhne für die Bergarbeiter des Ruhrbergbaues über das vor Beginn der Schiedsgerichtsverhandlungen in Aussicht genommene Maß erforderlich sei.

Die Deckung der erforderlichen Lohnerhöhung kann nach Auffassung des Schlichtungsausschusses aus den Einnahmen, welche die Werke auf Grund der geltenden Kohlenpreise erzielen, nicht aufgebracht werden. Dies ergibt sich einwandfrei aus dem vom Reichswirtschaftsministerium darüber erstatteten Gutachten. In einem Abbau der Kohlensteuer kann die Deckung zurzeit aus außenpolitischen Gründen nicht gefunden werden. Als einziges Mittel kommt somit lediglich eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise in Frage. Diese schwere Belastung des Wirtschaftslebens ist nach Auffassung des Schlichtungsausschusses nur erträglich, wenn sich die Bergarbeiter bereit finden, im Sinne des zwischen dem Zechenverbande und den Gewerkschaften in Aussicht genommenen Uebereinkommens eine Steigerung der Kohlenförderung in einer gesundheitlich bedenkenfreien und wirtschaftlich ergiebigen Form herbeizuführen. Vom Abschluß dieses Ueberschichtenabkommens hängt die Durchführung der Kohlenpreiserhöhung und damit der Lohnerhöhung ab. Der Schlichtungsausschuß hat aus dem Verlauf der zwischen den Parteien geführten Verhandlungen und der Vertrauensmännerkonferenz vom 11. Juni die Ueberzeugung gewonnen, daß das Ueberschichtenabkommen mit Wirkung vom 1. Juli 1922 zustande kommen wird, nachdem die Festlegung der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit durch das von der Regierung vorgelegte Gesetz unmittelbar bevorsteht und in den Verhandlungen über den Manteltarif weitere wesentliche Verbesserungen erreicht worden sind.

Hinsichtlich der Höhe und Form der Lohnerhöhung hat der Schlichtungsausschuß den Standpunkt eingenommen, daß die gesamte Teuerung, die seit dem Schiedsspruch vom 19. April entstanden ist, einschließlich einer für den Rest des Juni zu erwartenden weiteren Zunahme ausgeglichen werden soll. Der Gesamtbetrag der Lohnerhöhung, der sich daraus ergibt, hat der Schlichtungsausschuß geteilt, ein größerer Teilbetrag soll am 16. Juni in Kraft treten, ein weiterer ab 1. Juli in der Zeit, in der mit der Leistung der Ueberarbeit zu rechnen und die weitere Preissteigerung für die Volkswirtschaft leichter zu tragen ist. Der gesamte Betrag der Lohnerhöhung soll diesmal nur auf die Leistungslöhne, also nicht auch die Soziallöhne gewährt werden, um auch den unverheirateten Hauern und Facharbeitern im Bergbau bessere Verdienstmöglichkeiten zu eröffnen.

Aus den angeführten Gründen schlägt der Schlichtungsausschuß folgende Lohnerhöhung vor:

1. **Die Tariflöhne des Ruhrkohlenbergbaues werden um durchschnittlich 35 Mk. je Schicht erhöht, und zwar um 25 Mk. ab 16. Juni und um 10 Mk. ab 1. Juli 1922.**
2. **Die Lohnzulage ist auf die einzelnen Arbeiter und Gruppen und auf den Grund- und Gedingelohn durch die Bezirksarbeitsgemeinschaft nach Maßgabe der Lohntafel zu verteilen. Dabei wird zugunsten eines höheren Spitzenlohnes eine entsprechend niedrigere Festsetzung der Zulagen für die jugendlichen Arbeiter unter 20 Jahren empfohlen.**

Berlin, den 15. Juni 1922.

Die Verhandlungen werden weiter fortgesetzt, um auch die Löhne der anderen Reviere neu zu regeln.

Wozu wir Beiträge zahlen.

Ein in Arbeit stehender Kamerad schreibt uns: In der Unternehmerpresse findet man immer wieder regelmäßig wiederkehrende Schimpfereien gegen unsere Angestellte, welche die Organisation nur dazu ausnützen wollen, um den Mitgliedern das sauerverdiente Geld abzuknöpfen. Ich brauche nicht breit auf die Tatsache zu verweisen, daß unsere Leitung von unserer gesetzgebenden Instanz, der Generalversammlung, gewählt wird. Die Tatsache allein, daß die Unternehmer diese Beschimpfungen systematisch betreiben, darf den Kameraden nicht nur zur gegenteiligen Ueberzeugung genügen, sondern sie muß sie zur intensiveren Organisationsarbeit antreiben.

Statt diese Scheuklappenpolitik nur den Unternehmern und ihren Gelben zu überlassen, verfallen auch periodenweise die Radikalen auf diesen Unsinn. Natürlich fällt diese Dummheit auf sie selbst zurück, wie es sich wiederholt in letzter Zeit gezeigt. Die Radikalen in den Unionen schimpfen so lange, bis sie ans Ruder kommen. Dort wird ihnen dann mit demselben Maß der Unduldsamkeit gemessen, mit dem sie vorher austeilten. Sie werden „Bonzen", „vollgefressene Strümpfe" usw. beschimpft. Durch diese Agitation, die nur den Zweck der Mitgliederabtreibung aus den großen Verbänden hatte, wurde in den Köpfen der gedankenlosen Herdenmenschen die fixe Idee geweckt, daß die Organisationsbeiträge überflüssig sind. Das ist sehr schlimm!

Nach dem letzten Bericht unserer Hauptkasse kostete die Verwaltung des Verbandes an Gehältern nur 1,4 Prozent der Gesamtausgaben. Von jeder als Beitrag gezahlten Mark wurden aber nur rund 1½ Pf. zu diesem Zweck gebraucht, während z. B. für die Einkassierung der Beiträge 5 bis 10 Proz. verausgabt werden. **20 Prozent wurden dagegen an Unterstützungen gezahlt und davon sicher drei Viertel zu Kampfzwecken** (Streik-, Gemaßregelten- und Arbeitslosenunterstützung). Zurückgelegt wurden 46,5 Prozent, welche unseren Kampffonds vermehren. Diese Tatsachen allein beweisen, wie notwendig die Zahlung möglichst hoher Beiträge ist. Ohne diese hätten die Teilstreiks nicht geführt werden können. Man weiß, daß bei jedem Streikausbruch als erstes die Streikunterstützungsfrage die Gemüter bewegt, und wehe, wenn der Verband diese Unterstützung nicht bewilligt! Von Streiks, bei denen die Kameraden

auf die Unterstützung verzichteten, habe ich noch verflucht wenig gehört. Gemaßregelte, arbeitslose, kranke und von Sterbefällen betroffene Mitglieder können die paar Notgroschen ebenfalls gut gebrauchen und die überwiegende Mehrheit der Mitglieder will von der Abschaffung dieser Unterstützungen nichts wissen.

Die Linksradikalen haben also mit dieser Agitation nicht nur dem Unternehmer Wind zugeblasen, sondern sie haben die Arbeiterbewegung so vergiftet, daß sie jetzt selbst darunter leiden. Das zeigt sich z. B. sehr kraß bei der Gelsenkirchener Union, von den anderen ganz zu schweigen. In der Union hat man überhaupt keine einheitlichen Beiträge, und im Ruhrrevier werden solche gezahlt, die man sich zu nennen schämt. Wenn die Unionleitung in ihrem Organ vom 2. Juni d. J. behauptet, daß die Mitglieder „auf der Zentrale herumgepaukt" haben, „warum sie noch keine Beitragserhöhung gefordert oder befürwortet habe", so ist dies nur Bluff. Es ist schon möglich, daß selbst einigen Unionmitgliedern die Beiträge von 5 Mark beschämend genug vorkommen. Aus diesem aber einen Willen zur hohen Beitragszahlung herauszutüfteln, ist mehr wie lächerlich.

Daß ich Recht habe, beweist auch der Unionist Hammer, welcher auf der Bezirksausschußsitzung der Kommunistischen Partei für Rheinland-Westfalen sagte: „In der Frage der Mitgliederbeiträge haben unsere Genossen (die Mitglieder der Union. D. Red) auf Grund ihrer Erfahrungen eine andere Einstellung. Sie versprechen sich nichts von der Ansammlung von Streikgeldern. **Unsere Mitglieder wollen keine Erhöhung der Beiträge**, um keine Bureaukratie entstehen zu lassen." Das sagte der Vertreter der Union! Wer hat nun Recht: Hammer oder ihr Organ, die „Union"?

Die Vertreter der Kommunistischen Partei, von der die Union doch eine Filiale ist, haben bei der Gelegenheit aber „wacker auf der Union herumgepaukt" wegen ihrer Politik als „billiger Jakob". Der Kommunist Walcher sagte:

„Ich betrachte die Union als ein notwendiges Uebel... Kommunistische Fraktionen müssen... auch in der Union gebildet werden. Die Union muß zur mustergültigen Gewerkschaft im Reich werden, durch ihre Taten. Jetzt, bei dem süddeutschen Kampf, hat sie Gelegenheit dazu. **Auch für Aenderung der Beitragsfrage müssen unsere Fraktionen in der Union sorgen. ... Unterstützungen für Arbeitslose und Kranke sind auch in den russischen Gewerkschaften eingeführt worden. Wie notwendig Geldmittel sind, zeigt der gewaltige Bergarbeiterkampf in England. Auch hier stehen Kämpfe bevor, zu denen Mittel unbedingt erforderlich sind.**"

Kommunist Stöcker erwartet „**eine Umwandlung der Organisation** (Union. D. Red.) **in eine wirkliche Kampfesorganisation.**" Er sagt weiter: „**Und deshalb erwarten wir von euch die Einrichtung von Fonds. Sie sind unbedingt nötig für die kommenden Kämpfe.**"

Das hört sich anders an, als der Schlaumeier-Bluff in den unionistischen Organen. Unsere Verbandskameraden sollten dies aber auch beherzigen. Im übrigen steht es mit dem mächtigen Revolutionswillen der unionistischen Kommunisten — wenn sie unter sich sind, dann plaudern sie es aus — nicht so sehr schlimm aus. Dieser Wille geht auch nur bis an den Geldbeutel. Unsere Verbandsmitglieder müssen zeigen, daß sie nicht nur Mundrevolutionäre, sondern auch solche der Tat sind. Die Tat erfordert persönliche Opfer.

F. M.

Die Kritik der Gelben am Reichsknappschaftsgesetzentwurf.

Seithem die wesentlichsten Vorarbeiten zu einem Reichsknappschaftsgesetz erledigt worden sind und ihr Ergebnis in Gestalt eines Entwurfes der gesetzgebenden Körperschaft vorliegt, setzte natürlich die Kritik ein. Es ist selbstverständlich das gute Recht der Bergknappen und aller Interessenten, ein so wichtiges Ereignis wie die Schaffung eines Reichsknappschaftsgesetzes von allen Seiten kritisch zu beleuchten, ob es den alten Forderungen und gehegten Hoffnungen entspricht. Uns, die wir seit Jahren den Forderungen der Kameraden Ausdruck verliehen haben, kann diese Kritik nur von Nutzen sein, denn sie zeigt den maßgebenden Stellen, die jetzt über die endgültige Fassung des Gesetzes zu beschließen haben, daß die Forderungen nicht allein von uns, sondern von der überwiegenden Masse der Bergarbeiter erhoben werden. Wenn aber Kritiker, denen bis in die jüngste Zeit das Knappschaftswesen ein Buch mit sieben Siegeln war, um dessen Reform sie sich auch gar nicht kümmerten, die im Gegenteil **vom Unternehmertum dazu mißbraucht wurden, um diesbezügliche Bestrebungen der Arbeiter zu hemmen** und niederzuhalten, nunmehr auftreten und so tun, als ob sie die alleinigen Hüter der Knappschaftsinteressen der Bergarbeiter sind, dann muß man diesen Menschen die heuchlerische Maske herunterreißen, denn sie meinen es nicht ehrlich. Zu dieser Art Kritiker gehört der gelbe Reichsverband deutscher Bergbauangestellter. In allen Bergbaugebieten ruft er Versammlungen ein, zu denen auch unsere Knappschaftsältesten und Betriebsräte eingeladen werden. Die Gelben versuchen dann, den Kameraden begreiflich zu machen, daß nur die Unfähigkeit der Arbeitervertreter, die an der Vorarbeit zum Reichsknappschaftsgesetz teilgenommen haben, schuld daran sei, daß der Knappschaftsgesetzentwurf nicht den Wünschen der Bergarbeiter entspreche. Der Geschäftsführer der Gelben, ein „Herr Doktor", hat sogar sein Hirnschmalz besonders angestrengt und eine Broschüre geschrieben, die unter dem Titel: „Der Entwurf eines Reichsknappschaftsgesetzes, Kritik und Verbesserungsvorschläge" erschienen ist und unseren Aeltesten und sonstigen Funktionären gratis zugestellt wird. Was wollen die Gelben damit bezwecken? Denken sie etwa, daß das Erzeugnis ihres „Wunderdoktors" unsere Kameraden im gelben Sinne beeinflussen könnte? Dann geben sie sich einer großen Täuschung hin. Wir können ihnen schon jetzt mitteilen, daß Geistes- und Gelbauswendungen nutzlos sind. Wie uns die Kameraden berichten, wollen die gelben Tiraden durchaus nicht einschlagen. Wegen der nutzlosen Gelbauswendungen werden die Herren sich ja eher trösten, da man doch nicht umsonst sehr hohe Gönner hat. Uebrigens: wenn es ihnen wirklich so ernst mit der „besseren" Reform des Knappschaftsgesetzes ist, so mögen sie doch bei ihren Schutzpatronen Stinnes, Vögler und Genossen vorstellig werden, damit diese im Reichswirtschaftsrat und Reichstag für ihren „besseren" Entwurf eintreten.

Nach einer Erklärung des Vorsitzenden des gelben Verbandes in einer Bochumer Versammlung wollen die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei gegen den Entwurf stimmen, weil sie den Arbeitern keine Steine statt Brot geben möchten. Sie werden also die beste Gelegenheit haben, ihren Freunden zu helfen, daß ihre Vorschläge Gesetz werden. Wenn sie dies erreichen, werden wir neidlos genug sein, anzuerkennen, daß ihnen ein Verdienst zukommt. Doch wer lacht da nicht? Als der Gelbling diese Mär in der Versammlung vorbrachte, da ging auch dem naivsten anwesenden Arbeiter ein Licht auf, mit welcher Gesellschaft er es da zu tun hatte. Und so etwas kommt her und will Arbeitervertreter, die sich um die Reform des Knappschaftswesens verdient gemacht haben, als Trottel beschimpfen! Was steckt denn eigentlich hinter dieser Gesellschaft, die jetzt so radikal tut? Hier, so sehen sie aus: Wir bekommen soeben eine Zuschrift eines Siegener Kameraden zur Hand, der uns über das dortige Knappschaftswesen folgendes berichtet:

„Leider hat man hier unterlassen, die Knappschaftskassen zeitgemäß auszubauen. Bedauerlich ist deshalb, daß auch bei der letzten Aeltestenwahl das alte Verhältnis nicht beseitigt, daß man den Obersteiger oder Steiger wählte. Diese Leute bilden den Hemmschuh für den Fortschritt, weil sie mit den Werksbesitzern gehen. Wer will von den Beamten wagen, gegen den schneidigen Herrn Assessor, der auch im Knappschaftsverein die erste Rolle spielt, aufzutreten? So kam es, daß die von der Bezirksleitung mit Hilfe der Kameraden Witzmann und Pieske herausgearbeiteten und gestellten Anträge keine Berücksichtigung fanden."

Was nun die Frage bezüglich der Beamten anbetrifft, so möchten wir sie dahin beantworten, daß diejenigen Beamten, die den Mut aufbringen, einer freigewerkschaftlichen Organisation beizutreten, auch den Mut aufbringen werden, mit den freigewerkschaftlichen Arbeitervertretern zusammen den Unternehmern zu begegnen, daß aber die Gelben, welche aus Liebedienerei vor dem Unternehmer auf dem Bauche kriechen, niemals diesen Mut aufbringen werden. Sie gebärden sich nur mutig, wenn sie hinterrücks wirkliche Arbeitervertreter verleumden können.

In der vorbenannten Broschüre schreiben die Gelben, daß sie bei ihrer Kritik die agitatorischen Momente ausscheiden wollen, um Hunderttausende Rufer nach einer ausreichenden Knappschaftsreform zu einer einheitlichen Willensfront zu einen. Sie kommen aber mit ihren Unkenrufen reichlich spät. Auch hier leisten sie sich Anzapfungen auf die Arbeiterverbände. So ist in der Broschüre unter anderm zu lesen: „Unwillkürlich drängt sich einem die Frage auf, ob hier Vertreter der modernen Gewerkschaftsbewegung beieinander gesessen haben, oder etwa Professoren aus längst, längst entschwundenen Zeiten, zu denen das Wehen und Wirken der neuen Zeit nicht vorgedrungen ist."

Hier tut man so, als ob nur die Arbeitervertreter zu bestimmen gehabt hätten, wie die einzelnen Paragraphen lauten sollten. Dabei weiß man ganz gut, daß in der Vierzehnerkommission die Arbeiter nur sieben Vertreter hatten. Doch es gebricht uns hier an Raum, um auf all das einzugehen, was die Broschüre behandelt. Die Hauptkritik richtet sich gegen das Anwartschaftsdeckungsverfahren. „Die Sicherheit für die Auszahlung der Renten ist die Leistungsfähigkeit der Volksgemeinschaft. Wir schlagen vor, als Beitrag eine gleichmäßige prozentuale Besteuerung des jeweiligen Tarifeinkommens, mit anderen Worten, einen gleitenden Beitrag also, der auf die jeweilige Leistungsfähigkeit der aktiven Bergbaubeschäftigten Rücksicht nimmt, der ihrer Leistungsfähigkeit unmittelbar entspricht."

Das sind neben dem Vorschlag, daß die Knappschaftsgelder nicht mündelsicher angelegt werden sollen, sondern daß man einem Genie wie dem „Wunderdoktor" Gelegenheit geben müsse, damit zu spekulieren, um auch den Wagemut und Unternehmersinn der Arbeiter zu heben, die fundamentalsten Ideen, die der Kritik zugrunde liegen. Gesetzt den Fall, die Gelben meinten es ehrlich mit dem, was hier gesagt wird. Ist das hier, was sie angeblich fordern, so etwas Neues, das sie berechtigt, sich so zu gebärden, als ob sie den Stein der Weisen entdeckt hätten? Wir als freiorganisierte Arbeiter haben ein viel höheres Ziel, wir erstreben jenen Zustand der Gesellschaftsordnung, in dem es keine privatkapitalistische Ausbeutung der Arbeitskräfte mehr gibt, wo die Arbeitskraft des Einzelnen gleich den Produktionsmitteln Eigentum der Gesellschaft wird. Natürlich bleibt dann der Gesellschaft auch die Fürsorge für den Einzelnen, wenn er durch irgend einen Umstand verhindert sein wird, seine Arbeitskraft im Dienste der Gesellschaft zu gebrauchen. Eine Abstufung des Maßes der Fürsorge, je nachdem die Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit, Unfall, Alter oder Arbeitslosigkeit herbeigeführt wird, bedarf es nicht. In jedem Falle muß die Fürsorge **so sein, daß der Arbeitsunfähige ebenso wie der Arbeitsfähige leben kann.** Für eine besondere Sozialversicherung nach einem kapitalistischen Prinzip wird in einer solchen Gesellschaft kein Bedürfnis vorhanden sein. Diesem Gedankengang entspricht auch unser Antrag an den diesjährigen Gewerkschaftskongreß, in dem wir den Kongreß auffordern, dafür einzutreten, daß an Stelle **der jetzigen verschiedenen Sozialversicherungs- ein einheitlicher Sozialfürsorgekörper geschaffen wird.** Daß das kapitalistische Versicherungsprinzip nicht der Weisheit letzter Schluß ist, das braucht uns ein Gelber nicht zu sagen. Kamerad Witzmann wandte sich in Regensburg mit aller Schärfe gegen das Anwartschaftsdeckungsverfahren. Daran drohte das ganze Reichsknappschaftsgesetz zu scheitern. Aber man muß bedenken, daß wir weder in der Vierzehnerkommission noch im Knappschaftsverband die Mehrheit hatten, sondern der Entwurf das Ergebnis eines Kompromisses ist. Sollten wir uns da schmollend beiseite stellen und sagen, solange nicht unsere Wünsche restlos erfüllt sind, wollen wir lieber gar nichts haben? Wer wollte dies gegenüber den Invaliden verantworten? Würde ihnen geholfen sein, wenn wir in die Versammlungen gingen und ihnen die schönsten Zukunftsbilder entrollten? Wären sie nicht berechtigt, uns zuzurufen: „Was bekommen wir heute?" Jawohl, auf das „heute" kommt es an! Wenn die Knappschaftsvereine nicht bald zusammengeschlossen und damit leistungsfähiger werden, dann bekommen die Invaliden bald gar nichts. Deshalb mußten wir mitwirken, damit wenigstens ein Schritt vorwärts getan wurde. **Von unserem Ziel, das wir vorhin andeuteten, lassen wir dabei keineswegs ab.**

Vom Arbeitsmarkt im Bergbau.

Die Berichte für den Monat Mai sprechen fast alle vom Abgang der Bergarbeiter nach anderen Industrien, weil die Bergbaukrise überholt seien. Obwohl sich in jedem Frühjahr der Berufswechsel im Bergbau bemerkbar macht, so scheint es doch, daß in diesem Jahre ungewohnt starke Abwanderungen eingesetzt haben. Die gemeldeten Ursachen sind alle gleich: Lohnfrage und schlechte Behandlung der Bergarbeiter! Ueberall tritt die Nachfrage nach Arbeitskräften auf, nicht nur im Steinkohlenbergbau, sondern auch in den Erzbergbaubezirken. Aus Nordbayern wird gemeldet, daß noch Arbeitslose vorhanden seien.

Aus dem Steinkohlenbergbau ist zu berichten, daß regelmäßige Ueberschichten nur im Aachener Revier verfahren werden (eine Ueberstunde täglich). Aus dem Ruhrrevier wird ein weiteres Zunehmen der wilden Ueberschichten gemeldet, jedoch nicht in allen Bezirken. Feierschichten — außer solchen, die wegen Betriebsstörung entstehen und denen, die durch den Streik im Ruhrrevier verursacht — wurden keine eingelegt. Auch sind die Klagen über Arbeitermangel und -abkehr im Ruhrrevier nicht allgemein. Im Zwickauer und Lugauer Revier, wo schon seit Monaten Arbeitermangel ist, sind bis zum Berichtsmonat 8 Prozent der Belegschaften abgekehrt. In Niederschlesien wurde der Abgang durch Neueinstellungen ausgeglichen. Im Saargebiet wurden 3 Feierschichten wegen Absatzmangel eingelegt. Es sollten 2800 Arbeiter entlassen werden. Durch Entgegenkommen des deutschen Reichskohlenkommissars und des Verkehrsministers, welche sich zur Abnahme größerer Mengen Saarkohlen bereit erklärten, wurde dieses verhindert.

Aus dem Gießener und Siegener Erzbergbau wird günstiges berichtet. Die einzelnen Betriebe haben die Förderung schon bis in den kommenden Winter hinein verkauft. Halbenbestände sind so gut wie fast keine mehr zu finden. Ueberall herrscht rege Bautätigkeit. Die Betriebe werden erweitert und praktisch eingerichtet. Alte, früher stillgelegte Betriebe im Siegerland werden wieder von neuem aufgeschlossen. Leute werden fast auf jedem Betriebe tagtäglich eingestellt, vorwiegend aber Hauer, besonders im Metallerzbergbau. Auch im Schieferbergbau werden Spalter gesucht und geht die Gewinnung auch flott zum Verkauf. Schwefelkies wird gegenwärtig auch sehr begehrt. Die Gewerkschaft Sachtleben in Meggen kann davon nicht genug liefern. Der Abgang von Arbeitern aus den Betrieben im Eisenstein- und Metallerzbergbau ist aber auch gegenwärtig besonders groß, weil die Löhne im hiesigen Revier weit hinter denen von anderen Industrien zurückbleiben. Die schlechtesten Löhne werden in den oberhessischen Bauxitbetrieben bezahlt.

Aus dem Braunkohlenbergbau liegen keine nennenswerten Nachrichten vor. Gegen den Vormonat hat sich nichts geändert.

Die Kaliindustrie scheint Hochkonjunktur zu haben. Die Vorräte sind alle abgefahren. Auch dort werden Arbeiter angelegt.

Russische Bergbauwirtschaft.

In den Wiederaufbauplänen Rußlands spielt auch dessen Bergbauindustrie eine wichtige Rolle. Die europäische und auch amerikanische Kapitalistenpresse beginnt sich lebhaft dafür zu interessieren, und der Abgesandte, den Stinnes nach Moskau schickte, hat sicherlich den Auftrag, auch diese Frage dort ins Auge zu fassen. Die russische

Das mächtigste Kohlenflöz der Welt.

Wie die englische Fachzeitschrift „Coal Age" schreibt, befindet sich in Fusion in der Mandschurei ein Kohlenflöz, dessen Mächtigkeit immer angestaunt, aber erst jetzt in seiner ganzen Ausdehnung erkannt wurde. Es ist 120 Meter mächtig und schließt in dieser Dicke nur 9 Meter taubes Gestein ein. Es scheint auf Erden kein Kohlenflöz zu geben, das diese Maße übertrifft. Von den Koreanern schon vor 600 Jahren ausgebeutet, ist es seit 1907 in den Händen der Japaner, die gegenwärtig mit englischem Kapital als „South Manchuria Railway Co." den Abbau in größtem Maßstabe betreiben, seitdem im Jahre 1914 zum Tagbau in einem Gebiet überging, wo die Kohle 120 Meter mächtig liegt. Schon bis Ende Oktober 1919 waren dort 1 300 000 To. Kohle gewonnen, und man schätzt die Gesamtmenge des Flözes auf 100 Millionen Tonnen. Im Jahre 1920 wurde ein neuer Tagbau eröffnet, von dem man sich bei einer täglichen Förderung von 12 000 To. insgesamt 378 Millionen Tonnen erhofft und gegenwärtig findet eine Erweiterung der Produktion in allergrößtem Maßstabe statt.

Wozu unsere Steinkohlen gebraucht werden.

Denken wir uns einmal einen Eisenbahnzug mit 100 Kohlenwagen, alle gleichmäßig beladen.

Die ersten 42 Wagen, also fast die Hälfte, liefern die Kohlen für Metallhütten aller Art, darunter in erster Linie natürlich Eisenhütten, für die Herstellung von Eisen und Stahl, für die Metallverarbeitung, insonderheit für die Verarbeitung von Eisen und Stahl, für die Maschinenindustrie, für allerlei Instrumente und Apparate . . . 42

Die folgenden 12 Wagen, also wegrückt ein Achtel der Wagenmenge, enthalten die Hausbrandkohlen . . . 12

Für den Eisenbahn- und Straßenbahnbau und -betrieb dienen die folgenden 11 Wagen . . . 11

Die 7 weiteren Wagen sind für die Gewinnung von Steinkohlen selbst und von Koks sowie für die Briketterstellung bestimmt . . . 7

Dann finden 6 Wagen Verwendung bei der Binnenschiffahrt, bei der See- und Küstenschiffahrt, bei der Hochseefischerei, beim Hafen- und Lotsendienst und bei der Kriegsmarine . . . 6

Für die Industrie der Steine und Erden dienen 1½ . . . 1½

Die Gasanstalten müssen sich mit 3½ Wagen begnügen . . . 3½

Drei Wagen werden für die chemische Industrie abgegeben . . . 3

Der Bedarf für das Textil-, Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe beträgt ebenfalls 3 Wagen . . . 3

Die elektrische Industrie muß sich schon mit 1½ Wagen zufrieden geben . . . 1½

Ein Wagen geht zur Papierindustrie . . . 1

Für die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel beträgt der Bedarf 1 Wagen . . . 1

Auch für die Brauereien und Branntweinbrennereien geht ein Wagen ab . . . 1

Für die Glasindustrie ist ebenfalls 1 Wagen bestimmt, doch kann von diesem Wagen ein Teil abgeladen und dem Wagen zugegeben werden, der für die Papierindustrie bestimmt war . . . 1

Für die Erzgewinnung und Aufbereitung von Erzen aller Art ist kaum ½ Wagen erforderlich . . . ½

Von 1 Wagen wird die größere Hälfte in der Zuckerindustrie, die kleinere hingegen zur Salzgewinnung, in Salzbergwerken und Salinen benutzt . . . 1

In den letzten Wagen teilen sich die Wasserversorgungsanlagen, Bade- und Waschanstalten, die Leder-, Gummi- und Guttaperchaindustrie und die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe . . . 1

Das macht zusammen 100 Wagen. So wie hier die 100 Wagen verteilt sind, so etwa stellte sich vor dem Kriege die Verhältnisteilung bei der ganzen Kohlenmenge, die im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier aus der Tiefe der Erde geholt wurde. Wegen des Darniederliegens oder der Umstellung mancher unserer Industrien usw. und insbesondere wegen der Kohlenlieferungen an die Entente werden die Einzelposten der Wagen freilich mehr oder weniger nicht mehr so recht stimmen. Aber die Verteilung der Kohlenmengen war einmal so.

Abergläubische Gebräuche der Bergleute.

In der „Frankfurter Zeitung" ist folgendes über Aberglauben der Bergleute zu lesen:

„Die Tücken und Gefahren des Bergbaues bringen es mit sich, daß unter den Bergleuten gewisse abergläubische Vorstellungen und damit zusammenhängende Bräuche sich erhalten haben, die so fest im alten Volksglauben verwurzelt sind, daß sie nur sehr schwer ausgerottet werden können. So mag es nicht geringe Kämpfe gekostet haben, um die englischen Bergleute von dem alten Herkommen abzubringen: wenn ein tödlicher Unfall sich ereignet hatte, für diesen Tag die Arbeit im Bergwerk gänzlich ruhen zu lassen. Der „Manchester Guardian" erinnert aus Anlaß eines kürzlich von einzelnen aufgeklärten Belegschaften gefaßten Beschlusses an einige andere heute noch im Bergbau bestehende Gewohnheiten und Bräuche, die auch darum für uns einiges Interesse bieten, weil sie wohl mehr oder weniger den Bergleuten in aller Welt eigentümlich sind. Jedenfalls erinnert es an abergläubische Vorstellungen, die z. B. auch bei den Ruhrbergleuten vorhanden sind, daß viele Yorkshire-Miners zur Morgenschicht nicht einzufahren pflegen, wenn ihnen ein weibliches Wesen begegnet, und ist es gar ein schielendes, alles Weib, das einem von ihnen über den Weg gelaufen ist, wird kein Bergmann vor allem Schrot und Korn an diesem Tage überhaupt eine Schicht verfahren. Wenn ein Bergmann, auf der Sohle des Schachtes angekommen, beim Verlassen des Förderaufzugs holpert, so ist das ein böses Omen und er wird sofort wieder ausfahren; zuweilen werden auch die Mitinsassen ein Gleiches tun. Wenn ein neuer Mann zum ersten Male im Bergwerk arbeitet, so wird er niemals mit der ersten Schicht am Tage beginnen; und tut er es unbedachtsamerweise doch, so muß er wieder ausfahren und bis zum nächsten Tage warten, andernfalls würde einige Leute ein Unglück treffen. Immer, wenn ein neues Flöz abgerissen oder irgend eine andere größere Arbeit im Schacht begonnen wird, muß derjenige, der zuerst seine Haue in die Kohle hineinschlägt, ein Stück seines Rocks abreißen und an Ort und Stelle zurücklassen, vermutlich um die Götter der Unterwelt zu versöhnen wegen des angerichteten Schadens. In einigen Gegenden darf die Sicherheitslampe niemals in der linken Hand gehalten werden; anderwärts wieder ist die Linke die Glückshand. Wohl in allen Bergrevieren herrscht die Auffassung, daß es Unglück bringe, unter Tage über die Gefahren des Bergmannsberufs zu sprechen; dagegen kann man über Tage sagen, was man mag. — Fast alle diese Bräuche beruhen auf gewissen magischen Auffassungen, die auch bei primitiven Völkern beobachtet sind, und zumal die Verbote, die bei den Bergleuten eine große Rolle spielen, liegen auf der gleichen Linie wie die Tabu-Vorschriften der Polynesier, die auf Schritt und Tritt fürchten, Mißerfolg zu haben und darum alles vermeiden, was dazu führen könnte, ihre Person oder ihre Familie oder ihren Clan zu schädigen."

Solche Märchen sind zwar recht schön, schade nur, daß sie nicht wahr sind. Der sie zusammengeschrieben, hat sicher noch nie etwas mit richtiggehenden Kumpels zu tun gehabt, sonst müßte er wissen, daß weder der Ruhrbergmann noch ein anderer Kehrt macht und die Schicht versäumt, wenn ihm eine alte Frau in den Weg gelaufen ist. Mit dem Abreißen eines Stückes vom Rock ist es auch schon so was: erstens habe ich — bin 20 Jahre praktischer Bergmann — noch nie derartiges gesehen und zweitens sind die Röcke zu teuer.

Stüber.

Das größte Erdöllager der Welt.

Zeitungsnachrichten zufolge sollen an der Mündung des Mackenzie-Stromes in Nord-Kanada riesenhafte Erdöllager gefunden worden sein. Ihrer bisher bekannten, bei weitem noch nicht völlig erschlossenen Ausdehnung nach handelt es sich möglicherweise um die ausgedehntesten Läger der Welt. Immerhin dürfte es aber noch recht lange dauern, ehe es gelingt, sie derart für die Weltwirtschaft nutzbar zu machen, daß sie diese ausschlaggebend beeinflussen können. Die Entfernung vom nächsten Seehafen oder der nächsten Eisenbahnstation beträgt Tausende von Kilometern. Es müßte eine Röhrenleitung gebaut werden zum Kap Rome in West-Alaska. Da dieser Punkt aber zum Gebiete der Union gehört, das sich bis weit nach Süden bis zum 54. Breitengrade Kanada vorlagert, so müßten sich England und die Union gütlich einigen — das hieße aber die erbittertsten Gegner im Weltkampfe um das Petroleum in ein Joch spannen.

Die Jagd nach dem Golde.

Reiche Goldfunde sind bei Muriel Tank in der Nähe von Nyngan in Australien gemacht worden. Verschiedene Goldsucher entdeckten die Fundstellen, und wenn auch der Oberinspektor der australischen Staatsbergwerke nach seinem ersten Besuch keine genauen Angaben machen konnte, so weist doch alles in dieser wasserarmen und abgelegenen Gegend auf das Vorhandensein großer Goldmengen hin. Daraufhin hat sofort eine gewaltige Jagd nach den neuen Schätzen eingesetzt. In Automobilen, zu Pferde, auf Ochsenwagen und zu Fuß drängen die Goldhungrigen nach dem Dorado, das sie reich machen soll. Tausende von Menschen, ihre wenigen Habseligkeiten auf dem Rücken, wandern zu Fuß, hungernd und fast verdurstend durch die heißen pfadlosen Wüsten, dem gleißenden Idol zustrebend. Bald werden sich hier dieselben Bilder entfalten, wie man sie stets bei der Auffindung neuer Goldfelder in Australien gesehen hat. 20 000 bis 50 000 Menschen leben dann in rasch aufgeschlagenen Zelten auf einem von der Sonne ausgesengten Gebiet, das noch vor wenigen Wochen völlig wüst und leer war. „Hotels" wachsen aus der Erde; eine Postanstalt wird eingerichtet, Restaurants und Läden reihen sich aneinander, eine neue Stadt springt wie durch Zauber empor. Die Regierung ist natürlich auch gleich da und verkauft für wenige Schillinge die Rechte der Ausbeutung der einzelnen Stellen. Der Erfolg dieser Goldgräber ist außerordentlich verschieden; es gibt Glückspilze, die nach kurzer Zeit eine ergiebige Ader gefunden haben und Millionenwerte einheimsen, während andere wieder monatelang in mühevollster Arbeit sich abquälen, ohne mehr als einige winzige Fitzer des gelben Metalls zu gewinnen.

Sowjetregierung gibt sich alle Mühe, um beuteldicke Auslandskapitalisten für ihre Wiederaufbaupläne zu gewinnen; erzählte doch z. B. der russische Vertreter in Genua, Rakowski, von ungeheuren Profiten einer norwegischen Gesellschaft durch eine Silberkonzession sowie eines deutschen Konsortiums, mit Krupp an der Spitze, durch eine landwirtschaftliche Konzession. Er schilderte in rosigsten Farben die Vorteile, die sich Kapitalisten durch rechtzeitige Konzessionsverträge mit der Sowjetregierung bieten und meinte, daß man sich beeilen müsse, weil die billige Gelegenheit nicht lange anhält und später viel mehr für Konzessionen gezahlt werden müsse. — Die russischen Industriellen erzählen allerdings das Gegenteil und warnen ihre ausländischen Kollegen, „ihr Geld in ein löcheriges Faß" zu schütten und „das Leben des Bolschewismus zu verlängern".

Sich in der russischen Montanindustrie zurecht zu finden, ist sehr schwer. In der zaristischen Zeit kamen zuverlässige Daten nur sehr spärlich herüber und unter den Sowjets hat sich die Sache noch bedeutend verschlechtert. Sie beherrschen den ganzen Nachrichtendienst und lassen ihnen nur genehme Zahlen und Aufzeichnungen ins Ausland gehen. Das eine steht jedoch fest, daß Rußlands Erdschätze ungeahnte Mengen aufweisen, man kann ruhig sagen, daß dieses Riesenreich über die reichsten Erz- und Kohlenläger aller Länder verfügt. Nach dem letzten Geologenkongreß in Toronto 1913 wurde Rußlands Kohlenreichtum mit 77 681 Millionen Tonnen bezeichnet (Deutschland als reichstes Kohlenland: 423 556 Millionen Tonnen). Diese Zahlen sind keineswegs zutreffend und im vergangenen Jahre wurden Ziffern bekannt, wonach 37 662 Mill. To. Anthrazit, 428 795 Mill. To. Steinkohlen und 12 592 Mill. To. Braunkohlen vorhanden sein sollen. Das Moskauer Kohlenrevier zählt zu den kleinsten und wurde auf dem Geologenkongreß fast gar nicht berücksichtigt. Im Februar 1920 schrieb das Sowjetorgan „Ekonomitscheskaja Shisn" („Wirtschaftliches Leben"), daß dort allein mehrere hundert Milliarden Pud (1 Pud = 16,38 Kg.) Kohlen vorhanden sind.

Die wichtigsten bisher ausgebeuteten Kohlenreviere sind folgende: Das Donezbecken nördlich des Schwarzen Meeres zwischen Jekaterinoslaw und Charkow, welches drei Viertel von Rußlands Gesamtkohlenförderung liefert. Dort liegt auch Rußlands bester Salzbergbau. Als zweites Kohlenrevier kommt das Revier von Dombrowa in Betracht, welches jedoch nur mit einigen Zehnteln an der Gesamtförderung beteiligt war und heute den Polen gehört. Ferner kommen noch in Frage das Moskauer Revier, der Ural und der Kaukasus. Rußlands Stein- und Braunkohlenförderung betrug 1913: 36,9, 1919: 7,23, 1920: 6,18 Millionen Tonnen. Nur rund ein Viertel betrug also die Förderung von 1920 gegen 1913. Für einen Industriestaat wie Deutschland würde ein solcher Förderrückgang den unrettbaren Untergang bedeuten. Daß Rußland sich halten kann, liegt daran, daß es im wesentlichsten ein Agrarstaat ist. Auch beim völligen Untergang der russischen Industrie können die wenigen Millionen Industriearbeiter in dem landwirtschaftlichen Riesenreich unterkommen. Einen Untergang in kultureller Hinsicht, die in Rußland ja auch erst in den Anfangsstufen der Entwicklung steht, bedeutet dies auf jeden Fall.

Die Einfuhr ausländischer Kohlen betrug 1913: 7 600 000 To. Der Gesamtverbrauch im letzten Friedensjahr betrug also 49 500 000 Tonnen gegen nur über 6 000 000 To. in 1920, weil die Zufuhr fast völlig unterbunden war.

Für 1921 liegen keine zuverlässigen Produktionsziffern vor. Zwar wurde im September eine Steigerung der Förderung im Donezbecken und im Moskauer Revier gemeldet. Dagegen besagen die neuesten Meldungen der „Iswestija", daß die Kohlengewinnung des Donezbeckens in den drei ersten Aprilwochen nur 10 044 000 Pud Steinkohlen und 4 585 000 Pud Anthrazit, insgesamt 14 625 000 Pud, aber nur 60 Prozent des Voranschlages, gebracht habe. Im Mai 1921 soll die Förderung 2,5 Millionen Pud betragen haben gegen 13,1 Mill. Pud im Monatsdurchschnitt 1913.

Im Moskauer Gebiet betrug die Monatsförderung etwa 3 Mill. Pud im Jahre 1916. 1917 ebensoviel mit 43 Prozent mehr Arbeiter. Im Jahre 1918 betrug die Förderung nur noch 1,86 Millionen Pud monatlich. Die Förderung betrug pro Schicht und Arbeiter 1916: 334 Kilo, 1918 nur 173 Kilo (25 Schichten monatlich gerechnet. In Deutschland beträgt die Verkaufsförderung mehr als 500 Kg. täglich).

Der Erzreichtum Rußlands ist unermeßlich und nur ein Bruchteil der gewaltigen Läger wurde bisher ausgebeutet. An erster Stelle steht hier das Uralgebirge, wo ungeheure Schätze der Metall- und Edelmetallerze unberührt fast an der Tagesfläche liegen. Eisen-Mangan-, Kupfer-, Blei- und Zinkerze wurden bisher dort neben Asbest und Magnesit gewonnen, alles jedoch nur in beschränkten Maße und mit den primitivsten Einrichtungen. Die Gold-, Platin- und Silberschätze liegen noch fast unberührt. Ihre Ausbeute geschah auch nur durch kleine Unternehmungen. Vor dem Kriege legten sich ausländische Kapitalisten, besonders französische, mit modernen technischen Hilfsmitteln auf die Ausbeute und erzielten große Gewinne. Der Krieg hat der Erschließung des Urals ein vorläufiges Ende gesetzt. Man war eben daran, ein halbwegs zureichendes Eisenbahnnetz auszubauen, Maschinen herzuschaffen und Werke erstehen zu lassen. Ein Schlaglicht auf die russische Wirtschaft wirft die Tatsache, daß nicht nur Verkehrsmangel, sondern auch Kohlenmangel der Entwicklung der Montanindustrie im Ural hindernd im Wege standen. Man denke sich den wirtschaftlichen Widersinn: Im Ural liegen selbst große Kohlenschätze, sie brauchen nur gehoben und der anderen dortigen Bergbau- und Hüttenindustrie zugeführt zu werden. Die russische Unbeweglichkeit verhinderte dies.

Im Jahre 1913 wurden im Ural rund 150 Millionen Pud Roheisen, Halb- und Fertigfabrikate hergestellt. Das sind drei Viertel der russischen Gesamtproduktion, welche rund 200 Mill. Pud betrug. Im Jahre 1921 betrug die Gesamtproduktion von Gußeisen, Stahl und Walzeisen 29 Millionen Pud. Noch mehr zurückgegangen ist die Platin-, Gold- und Silberproduktion. Während die Silbergewinnung vollständig ruhte, betrug die Platin- und Goldproduktion 1921 nur noch 84 Pud gegen 3715 Pud im Jahre 1913. Aehnlich geht es mit Kupfer, dessen Gewinnung noch kaum nennenswert ist.

Ueber die Ursache dieses Rückganges braucht hier nicht viel gesagt zu werden. Weltkrieg und russischer Bürgerkrieg nebst der eigenen und gegnerischen Abschnürung haben ihr Notwendiges getan. Den wesentlichsten Teil trug ohne alle Zweifel die plötzliche wirtschaftliche Umwälzung bei. Das muß im Interesse des russischen Volkes gesagt werden. Was verstehen die russischen Bauern- und Arbeitermassen von Gemeinsinn, vom Sozialismus? Nie haben sie früher ein Wort davon gehört und dienten dem Zarismus in stummer Frohn. Als die zaristischen Ketten gesprengt waren, geriet dieses Volk in einen Freiheitstaumel, der ihm so fremd war wie einem Landkind der Parkettboden. Wer ihm das meiste Brot und Land versprach, war der neue Messias. Das konnten natürlich die bolschewistischen Kommunisten und hatten Erfolg, indem sie die Großgrundbesitzer enteigneten und an die armen Bauern ihr Land verteilten. Gemeinsinn? Nein, so war dies nicht gemeint. Das konnte auch von den ehemaligen Zarensklaven nicht erwartet werden, und die Produktion mußte sinken!

Der kleine Haufen ehrlicher Kommunisten konnte die Wirtschaft Rußlands, am allerwenigsten die Industrie meistern, weil ihnen die geistigen Kräfte fehlten und die Zarendiener, die sich ihnen anschlossen, kamen gewiß nicht der Ideale wegen, sondern um am Leben zu bleiben. Dadurch war es möglich, daß ganze Industriezweige vollkommen sich selbst — der unwissenden Masse — überlassen wurden und vollständig zugrunde gingen. Im Jahre 1921 erinnerte sich z. B. die Sowjetregierung, daß bei Lipezk, im Gouvernement Tambow, im Tale des Woronesch, ein Eisenerzgebiet bestanden haben soll. Vor dem Kriege wurden dort 14 Millionen Pud Erz gefördert. Als man nachsah, lagen alle Betriebe still, verludert, niemand kümmerte sich darum, Arbeiter waren keine mehr vorhanden.

Die Sowjets sehen ein, daß es so nicht weiter geht und versuchen nun, ihre Wirtschaft mit dem „Initiativgeist der Privatindustrie" wieder aufzubauen. Was Rakowski in Genua sagte, ist nichts Neues mehr. Es ist bekannt, daß die Sowjets Pachtverträge mit ausländischen Kapitalisten abschließen. Es würde jedoch zu weit führen, auf Einzelheiten hier einzugehen. Vor kurzem wurden noch die Bestimmungen der Sowjetregierung über die Pachtung der Gold- und Platinminen im Ural veröffentlicht. Die Erkenntnis ist da und die Sowjets geben sich alle Mühe zum Wiederaufbau und — doch wohl gegen den Willen — zur Schaffung eines Eldorados für Unternehmer.

Soweit menschliches Ermessen reicht, dürften noch Jahrzehnte vergehen, ehe Rußlands Montanindustrie so weit hergestellt ist, daß sie auch nur im bescheidensten Maße die Bedürfnisse des eigenen Landes befriedigt. Beim besten Willen und intensivster Arbeit vergehen mindestens fünf Jahre, bis die Vorkriegsproduktion wieder erreicht ist. Eine weitere Steigerung bedarf ungeheurer Mittel. Die Anlegung neuer Werke, Beschaffung von Maschinen und — das Wichtigste! — Neubau von Eisenbahnwegen nach den Erz- und Kohlenlagerstätten sowie nach den Ablagegebieten erfordern Jahrzehnte mühevoller Arbeit.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Eine Berichtigung des D. H.-V.

Zum 25jährigen Bestehen der freien Angestelltenbewegung brachten wir in Nr. 22 der „Bergarb.-Ztg." eine kurze geschichtliche Darstellung, in welcher u. a. gesagt wird:

„Das Unternehmertum in Gemeinschaft mit den Harmonieverbänden hatte ein wachsames Auge, welchen Verbänden ihre Angestellten angehörten. Wenn heute der D. H.-V. vom Terror der Unternehmer gegen seine Mitglieder vor dem Kriege erzählt, so gehört das in das Reich der Märchen. Die Harmonieverbändler waren immer lieb Kind der Unternehmer und wehe dem Angestellten, der dem „roten" Zentralverband angehörte!"

Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband sendet uns nun unter Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes folgende „Berichtigung":

„In Nr. 22 der „Bergarb.-Ztg." wird behauptet, es gehöre ins Reich der Märchen, wenn der D. H.-V. vom Terror der Unternehmer gegen seine Mitglieder erzähle. Diese seien stets lieb Kind der Unternehmer gewesen. Diese Behauptungen sind unwahr. Wahr ist, daß seinerzeit zahlreiche Handelskammern, Unternehmerverbände und einzelne Unternehmer Boykottbeschlüsse gegen die Mitglieder des D. H.-V. gefaßt und immer wieder erneuert haben."

Der D. H.-V. weiß den § 11 sehr „geschickt" zu deuten. Während wir von „Harmonieverbänden" und „Harmonieverbändlern" — wir meinten damit alle gelben Verbände — schrieben, dann den D. H.-V. aber nur mit seinen Terrormärchen erwähnten, macht er das „lieb Kind" durch Satzumstellung nur für sich in Anspruch. Wir haben deshalb auch die Berichtigung, welche vielleicht einem anderen § 11, nur nicht dem Preßgesetz entspricht, gern aufgenommen. Im übrigen haben wir ernstere Dinge zu tun, sonst würden wir mal aus der Mappe des D. H.-V. einiges zitieren; dort käme mehr als nur Harmoniebuselei heraus. Weiter ist zu der „Berichtigung" noch folgendes zu sagen:

Es wird wohl vorgekommen sein, daß jüdische Unternehmer gelegentlich D. H.-V.-Mitglieder maßregelten, wir glauben aber nicht, daß dies wegen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit oder ihrer Zugehörigkeit zum D. H.-V. geschah, sondern nur wegen der antisemitischen Hetze des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Wir können uns auch denken, daß Handelskammern und Unternehmerverbände, die sehr stark mit jüdischen Mitgliedern durchsetzt waren, gegen die antisemitischen Tendenzen des D. H.-V. mit allen Mitteln angekämpft haben. Ueber den Terror der Arbeitgeber gegen Mitglieder des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen könnte man ganze Bände schreiben.

Der Deutsche Landarbeiterverband im Jahre 1921.

Der Deutsche Landarbeiterverband wurde im Jahre 1909 gegründet. Es ist bekannt, daß der große Aufschwung in der Mitgliederzahl erst nach dem Umsturz einsetzte. In wenigen Monaten fand ein großer Zustrom von Mitgliedern zu diesem Verbande statt und war man allgemein gespannt, ob diese Massen in einer so jungen Organisation zusammenhalten. Dies kann erfreulicherweise heute bejaht werden.

Am Schlusse des 4. Vierteljahres 1920 betrug die Gesamtmitgliederzahl 680 174, darunter 170 043 weibliche. Am Schlusse des 4. Vierteljahres 1921 betrug die Gesamtmitgliederzahl 626 160, darunter 149 311 weibliche Mitglieder. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich eine Gesamtmitgliederzahl von 636 414. Wohl ist ein Rückgang an Mitgliedern zu verzeichnen. Jedoch ist dabei zu beachten, daß die Mitgliederzahl nach der Beitragsleistung errechnet ist, während man in früheren Jahren mehr auf Schätzungen angewiesen war. Je mehr sich der Verband innerlich festigt, ist es auch möglich, die Verwaltungsarbeiten in ruhigen Bahnen zu vollziehen. Beachtenswert ist, daß über 190 000 Neuaufnahmen im Jahre 1921 erfolgten. Es ist dies einerseits ein Beweis für die Zugkraft, die die Organisation ausübt, anderseits aber auch ein Zeichen, daß der Mitgliederwechsel noch erheblich ist und alle Maßnahmen getroffen werden müssen, um die einmal gewonnenen Mitglieder an den Verband zu fesseln. Es soll nicht verschwiegen werden, daß die Verbandsleitung große Schwierigkeiten zu überwinden hat, um den Verwaltungsapparat der Organisation auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Allerlei zweifelhafte Personen haben sich innerhalb des Landarbeiterverbandes in den letzten Jahren betätigt und das war für diesen natürlich nicht vorteilhaft. In dieser Beziehung ist durch Wechsel in dem Verwaltungspersonal schon sehr viel getan worden und es geschieht noch weiter alles, was nötig ist.

Auch bezüglich der Höhe der Beiträge ist noch vieles nachzuholen. Der Landarbeiterverband krankt daran, daß eigentlich schon seit seiner Gründung die Beiträge zu niedrig waren und hält es schwer, bei der Landarbeiterschaft die Beitragsleistung der Geldentwertung anzupassen. Jedoch sind auch auf diesem Gebiete im laufenden Jahre erhebliche Fortschritte erzielt worden. Die Gesamteinnahmen betragen 39 832 000 Mk., darunter 38 Millionen Mark an Beitragseinnahmen. An sozialen Unterstützungen (Kranken-, Wöchnerinnenunterstützung und Begräbnisbeihilfe) wurden 4 014 000 Mk. ausgegeben, für Streiks und Gemaßregeltenunterstützungen sowie für Rechtsschutz 4 435 000 Mk. Die Zeitung „Der Landarbeiter" erscheint halbmonatlich und kostete 2 629 000 Mk. Für Bildungsbestrebungen wurden ausgegeben 1 174 000 Mk., für Agitation 2 695 000 Mk. An Bestand für das Jahr 1922 verblieben 2 463 000 Mk. Da in letzter Zeit alle Anstrengungen gemacht wurden, um die Beitragsleistung zu erhöhen, sind künftig höhere Einnahmen zu erwarten. Dies ist auch notwendig, wenn der Verband im Kampfe mit dem Unternehmertum bestehen will.

Die Lohn- und Tarifbewegungen nahmen den größten Teil der Verbandstätigkeit in Anspruch. Tarife in der Land- und Forstwirtschaft sind bei den verschiedenerlei Entlohnungsformen, bar, Naturallohn, Landgewährung usw., nicht so einfach abzuschließen, wie es in der Industrie und dem Gewerbe der Fall ist.

Bei dieser Gelegenheit mag ein allgemein verbreiteter Irrtum berichtigt werden. Es wird in der Oeffentlichkeit, veranlaßt durch Notizen in der agrarischen Presse, immer behauptet, daß die Landarbeiter fast alle ein erhebliches Deputat als Lohn erhalten. Leider besteht heute darüber keine zuverlässige Statistik. Die Höhe des Deputats (Naturallohn an Getreide, Kartoffeln) ist in den einzelnen Gebieten Deutschlands grundverschieden. Deputatgewährung gibt es eigentlich nur in den Gebieten des landwirtschaftlichen Großbetriebes und das ist das nordöstliche Deutschland.

Internationale Rundschau.

Friedenskongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes tagte vom 8. bis 10. Juni in Amsterdam. Der Hauptzweck der Zusammenkunft war, gemäß dem Beschluß des römischen Gewerkschaftskongresses eine energische Agitation gegen den Krieg einzuleiten. Ein großer Teil der Tagung war der Prüfung der diesbezüglichen Vorschläge gewidmet. Es wurde beschlossen, im Anfang des kommenden September einen Weltkongreß gegen den Krieg nach Amsterdam einzuberufen. Zu dieser Tagung werden nicht nur die dem Bunde angeschlossenen Organisationen eingeladen, sondern alle Arbeitervereinigungen, ganz gleich, welcher politischen oder geistigen Richtung sie angehören. Zulassungsbedingung ist lediglich, daß die Fragen auf der Grundlage der Entschließung des Kongresses von Rom erörtert werden.

Die Nöte der Bergarbeiter.

Die englische Bergindustrie hat sich durch die Hungerlöhne der Bergarbeiter erholt, die Kohlenpreise sind auf ein Drittel des vorigen Jahres herabgesunken und so gewann sie ihre Exportfähigkeit wieder. Der Durchschnittslohn des englischen Bergarbeiters beträgt heute nach Angaben der Gewerkschaftsführer kaum mehr als wöchentlich 3 Pfund Sterling. So stehen diese Löhne schon unter dem Vorkriegsniveau, obwohl die Preise noch um 70 Prozent höher sind als vor dem Kriege. Der Ertrag der Produktion ist bedeutend größer als im vorigen Jahre und dürfte den des Jahres 1913, das ein Rekordjahr für die englische Kohleninduſtrie gewesen war, bald erreichen. Es werden gegenwärtig gegen 5 Millionen Tonnen pro Woche erzeugt. Trotz dieses Aufschwunges betreiben die Unternehmer eine heftige Propaganda, um mit der gegenwärtigen, durch den Schiedsspruch der Sanky-Kommission gewährten 7stündigen Arbeitszeit die Bergarbeiter 8 Stunden arbeiten zu lassen, um dadurch die Kohlenpreise noch mehr zu senken. Nach ihren Berechnungen dürfte diese Mehrarbeit den Kohlenpreis um 2½ Schilling pro Tonne vermindern. Die Verbesserung der Arbeitsmethode, Verringerung der Zwischengewinne, Herabsetzung der Frachtraten wäre zwar ein viel geeigneterer Weg hierzu, die wirtschaftliche und soziale Reaktion kann aber die Verbilligung der Produktion nur auf Kosten der Arbeiterschaft zustande bringen.

In Spanien sind die Bergarbeiter im Begriff, in den Streik zu treten, da ihnen eine neuerliche Lohnherabsetzung von 20 Prozent gleichzeitig mit einer Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Tag aufgenötigt werden sollte, was sie jedoch nicht anzunehmen gewillt sind.

Im französischen Bergbau besteht ein Streit zwischen Unternehmern und Arbeitern bezüglich der Arbeitszeit. Die Unternehmer versuchen das Gesetz in einer Weise auszulegen, daß die achtstündige Arbeitszeit von der Einfahrt des letzten (nicht wie jetzt ersten) bis zur Ausfahrt des ersten (nicht wie jetzt letzten) Arbeiters in die bezw. aus der Grube gerechnet werden soll. Außerdem soll die halbstündige Ruhepause in der Grube nicht mehr in die Arbeitszeit eingerechnet werden.

Gegen die politische Tätigkeit.

Die englischen Gewerkschaften sind bekanntlich mit der politischen Bewegung der Arbeiterpartei (Labour Party) eng verbunden, ja sie sind als Gewerkschaften dieser politischen Vertretung der Arbeiterinteressen angeschlossen. Als 1913 das berüchtigte Osborne-Urteil den Gewerkschaften das Recht nahm, Beiträge von ihren Mitgliedern zu politischen Zwecken einzufordern, war die Arbeiterschaft mächtig genug, das Einbringen eines Gesetzes von der Regierung im Parlament zu erzwingen, das ihr das durch richterliches Urteil geraubte Recht zurückgab, und seitdem durften die Gewerkschaften auf Grund dieses Gesetzes ihren Mitgliedern freiwillige Beiträge auferlegen, solange die Mehrheit der Mitglieder dafür war. Die konservative Partei hat jetzt, sich die allgemeine soziale Revolution zunutze machend, einen Gesetzentwurf eingebracht — besser gesagt: ohne vorherige Benachrichtigung eingeschmuggelt —, der den Zweck hat, das 1913 gewährte Recht wieder abzuschaffen bezw. dessen Ausübung außerordentlich zu erschweren. Demnach müssen in Zukunft mindestens 70 Prozent der gesamten Mitglieder einer Gewerkschaft für diese Beiträge stimmen, außerdem muß ein jedes Mitglied jedes Jahr seine Bereitwilligkeit zur Zahlung der Beiträge erklären. Das Fehlen dieser Erklärung muß als Ablehnung betrachtet werden usw. Der nicht verheimlichte Zweck der Konservativen ist, die Arbeiterpartei von der politischen Tätigkeit zurückzudrängen. Ist doch das Problem der Wahlgelder gerade für eine Arbeiterpartei, welche über die kapitalistischen Wahlkassen nicht verfügt, ein besonders schwieriges. Die Regierung hatte nicht den Mut, den Antrag selbst einzubringen, ja sogar ihre Meinung darüber zu äußern. Da jedoch im Parlament eine reaktionäre Mehrheit vorhanden ist, wird der in England beispiellose Fall eintreten, daß ein auf Grund großzügiger Propaganda von der Regierung zur Annahme gebrachtes Gesetz auf den Antrag eines einfachen Parlamentsmitgliedes abgeschafft wird. Die Arbeiterschaft wird aber durch die politische Reaktion auf den Weg der außerparlamentarischen syndikalistischen Aktion gedrängt.

Arbeitsgemeinschaft verschiedener Gewerkschaftsrichtungen in Italien.

Am 6. März fand in Rom die erste Sitzung des nationalen Komitees der vor einigen Monaten gegründeten „Alleanza del Lavoro" (Arbeitsallianz) statt. Dieser gehören an: der allgemeine Gewerkschaftsbund „Confederazione del Lavoro", die „Unione Sindicale Italiano" (ein Gewerkschaftsbund syndikalistischer Richtung) und die „Unione Italiana del Lavoro" (ein weiterer, seit dem Kriege entstandener Spitzenverband republikanisch-reformistischer Richtung), außerdem noch die Gewerkschaften der Eisenbahner und der Hafenarbeiter. In dieser ersten Sitzung wurde eine Entschließung angenommen, wonach die Allianz zunächst folgendes anstreben soll: 1. die vollständige Wiederherstellung der politischen und der gewerkschaftlichen Freiheit, 2. die Aufrechterhaltung des Achtstundentages, 3. die Verteidigung der von der Arbeiterklasse im allgemeinen errungenen wirtschaftlichen und moralischen Vorteile. Zu diesem Zwecke sollen die örtlichen Verwaltungsstellen der angeschlossenen Verbände miteinander in Verbindung treten; ferner sollen Grenzstreitigkeiten und sonstige Streitigkeiten vermieden werden, die geeignet sind, die Beziehungen zwischen den verbündeten Organisationen zu stören. Das Sekretariat der Allianz wurde dem Eisenbahnerverband übertragen. Die örtlichen Organisationen sollen durch Versammlungen, Vorträge oder auf andere noch mögliche Weise die Massen in dem obenerwähnten Sinne beeinflussen. Ferner sind die örtlichen Arbeiterkammern eingeladen worden, mit den Organisationen in Verbindung zu treten, um die Tätigkeit in ihrem Wirkungsbereiche zu organisieren.

So weit der Sachverhalt, den wir einer Mitteilung des Internationalen Gewerkschaftsbundes entnehmen. Den deutschen Gewerkschaftlern wird das eine oder das andere darin ungewohnt erscheinen. Man muß sich jedoch vor Augen halten, daß in der italienischen Arbeiterbewegung manches anders ist als in der deutschen. Auf jeden Fall kann man die Allianz als einen Fortschritt bezeichnen.

Die Gründe des amerikanischen Bergarbeiterstreiks.

Hierzu teilt uns noch der Kollege Baumeister (Genf) folgendes mit:

Nach einer Untersuchung der „Russel-Sage-Stiftung" bringen es die 600 000 in Weichkohlengebieten beschäftigten Bergarbeiter durchschnittlich nur auf 214 Arbeitstage im Jahr. Bei 304 möglichen Arbeitstagen bedeutet das also einen Ausfall von 90 Tagen infolge Arbeitsmangel. Trotzdem verlangen die Arbeiter nur einen Mindestlohn von 5,20 Dollar täglich; das würde ihnen also bei der jetzigen Art der Arbeitsverteilung ein Einkommen von rund 1000 Dollar sichern, wenn sie aber tatsächlich voll beschäftigt werden, etwas über 1500 Dollar.

Was das bedeutet, mag daraus hervorgehen, daß nach einer im Januar 1920 vorgenommenen Untersuchung die Mindestkosten des Unterhalts einer Bergarbeiterfamilie in diesen Bezirken 2118,94 Dollar im Jahre betrugen, während gar das Arbeitsstatistische Amt im August 1919 die Mindestkosten des Unterhalts einer Angestelltenfamilie in Washington auf 2362,47 Dollar ermittelte. Auch wenn zutrifft, daß seitdem einige Bedarfsartikel um ein Geringes billiger geworden sind, so ergibt sich jedenfalls, daß die Bergarbeiter bei ihrem jetzigen Kampf noch nicht einmal einen Lohn fordern, der als gesunde Grundlage eines Arbeiterhaushaltes angesehen werden kann.

Knappschaftliches.

Vorstandssitzung beim Allgemeinen Knappschaftsverein.

In der Sitzung vom 15. Juni 1922 ist zunächst die Neuregelung der Lohnklassen in der Krankenkasse, soweit sie durch die Heraufsetzung des Grundlohnes erforderlich wurde, vorgenommen worden. Die Verbandsältesten, die dem Vorstand angehören, beantragten selbstverständlich, daß der höchste vom Gesetz zugelassene Grundlohn beim Knappschaftsverein gelten müßte. Dem Antrage ist entsprochen worden. Danach wird vom Tage des Inkrafttretens des Gesetzes über Heraufsetzung der Grundlöhne (bisher noch nicht bekannt) das Krankengeld gemäß dem Grundlohn von 120 Mk. 72 Mk. täglich betragen. Dazu kommt dann der übliche Zuschlag für ein von einem Zwölftel des Krankengeldes bis zu drei Zwölfteln, so daß ein Höchstkrankengeld von 90 Mk. gezahlt wird. Gewiß entsprechen diese Sätze nicht den heutigen Teuerungsverhältnissen. Leider ist aber das Gesetz zwingend, so daß die Krankenkassen über den Höchstgrundlohn nicht hinaus können. Die Nachfragen bei der Gewährung der Bergbauzulagen an Invaliden, Witwen und Waisen, die von der Verwaltung angeordnet waren, werden in Zukunft unterbleiben. Bekanntlich haben sich die Vorstandsältesten ganz entschieden dagegen gewandt. Daraufhin hat nunmehr die Verwaltung angeordnet, daß bei der Ermittelung des Einkommens der Invaliden und Witwen der Arbeitsverdienst der im Haushalte der Rentenberechtigten befindlichen Kinder und sonstigen Angehörigen außer Betracht bleibt. Sie scheiden bei der Festsetzung der Einkommensgrenze und bei der Berechnung der Zulage aus. Ebenfalls wird der Wert des Unterhaltes, den verheiratete Kinder aus Lohnarbeit ihren Eltern gewähren, sowie der Nutzen aus der Kostgängerhaltung nicht berücksichtigt.

Es erübrigen sich daher auch die Feststellungen nach den Verhältnissen der Antragsteller in dieser Richtung.

Jahresbericht des Allgem. Knappschafts-Vereins zu Bochum.

Dem Verwaltungsbericht für das Jahr 1920, der erst dieser Tage herausgegeben wurde, ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl des Allgemeinen Knappschaftsvereins in den letzten Jahren fortwährend wächst. Die durchschnittliche Belegschaftsziffer im Vereinsbezirk stieg von 415 736 im Jahre 1919 auf 483 570 im Jahre 1920. Entsprechend der höheren Mitgliederzahl und der Beiträge, die zum Teil der Geldentwertung angepaßt wurden, stiegen auch die Einnahmen und Ausgaben.

Bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 483 570 hatte die Krankenkasse eine Einnahme von 230 681 080,57 Mk. zu verzeichnen, die Ausgabe betrug 155 509 778,48 Mk. Die Einnahme übertraf die Ausgabe also um 75 171 302,09 Mk. Der Bilanzwert des Vermögens des

Krankenkasse stieg von 41 889 046 in 1919 auf 120 864 594 Mk. Ende 1920. Im Gegensatz zu vielen Ortskrankenkassen, die sich in einer finanziellen Notlage befinden, ist die Vermögenslage der Knappschaftskrankenkasse günstig. Sie ergab sich aus der prozentual geringeren Zahl von Krankfeiernden. Die Zahl der Erkrankungen, bei denen ärztlicherseits Arbeitsunfähigkeit bescheinigt wurde, betrug im Berichtsjahre 259 134 gegen 249 946 im Jahre 1919. Es wäre aber falsch, aus dieser Tatsache auf eine große Besserung der Gesundheitsverhältnisse der Bergarbeiter zu schließen, wie es seitens kapitalistischer Soldschreiber bereits im vorigen Jahre versucht wurde. Aus dem prozentualen Rückgang der Erkrankungen der Gesamtbelegschaft bemühte man sich, nachzuweisen, daß die Gesundheitsverhältnisse sehr gut seien. Wie steht's nun in Wirklichkeit damit?

Die Verwaltung schreibt im Bericht selbst, daß, wenn z. B. wegen Nystagmus (Augenzittern) im Berichtsjahre nur 135 Personen in ärztliche Behandlung kamen, im Jahre 1919 dagegen 322 und 1918 788, anzunehmen ist, daß die Nystagmuskranken gegenwärtig trotz des Augenleidens der Bergarbeit nachgehen und nur wenig ärztliche Beratungen in Anspruch nehmen. Das stimmt. Es ist nur dem noch hinzuzufügen, daß sie deswegen die ärztliche Beratung nicht in Anspruch nehmen können, weil von dem Krankengeld, das im Jahre 1920 bis Mai 6 Mk., dann 18 Mk. für einen Verheirateten ohne Kinder betrug, kein Mensch monatelang feiern konnte, wenn er nicht vollkommen verarmen wollte. Aehnlich so wird es sich auch mit vielen anderen Krankheiten verhalten. Die Arbeiter gingen so lange zur Arbeit, bis der Zusammenbruch erfolgte. Dies beweist die prozentual höhere Sterblichkeit, die 1913 61,8 Todesfälle auf je 10 000 Mitglieder, 1920 dagegen 82,2 betrug. Auch die höhere Anzahl der Krankfeiertage auf den einzelnen Krankheitsfall zeugt dafür. Es entfielen 1913 auf den einzelnen Krankheitsfall 17,9, 1920 23,3 Tage.

An Tuberkulose erkrankten 1920 1110 Personen, 1919 1134, somit 1920 24 Fälle weniger. Da aber die 88 Personen, die an Blutspeien ohne nähere Diagnose erkrankten, den Tuberkulosekranken in der Hauptsache noch zuzuzählen sind, so ist auch hier kein Rückgang zu verzeichnen. Wohl käme ein solcher zustande, wenn man die Tuberkulosekranken im Prozentsatz zur Gesamtbelegschaft nimmt. Dabei ist aber zu beachten, daß die 67 884 Arbeiter, die im Berichtsjahre neu zukamen, kaum einen wesentlichen Anteil an den Tuberkuloseerkrankungen haben können. Bei denjenigen, die sich zu der schweren Bergarbeit für fähig halten, wird die Tuberkulose nicht so weit fortgeschritten gewesen sein, daß sie gleich nach ein paar Wochen Bergarbeit in Erscheinung trat.

Wie im Gesundheitsbericht vermerkt wird, haben die Aufklärungs- und Beratungsmaßnahmen eine Abnahme der Erkrankungsziffer an Geschlechtskrankheiten nicht bewirken können. Während 1919 2089 Personen geschlechtskrank wurden, sind im Berichtsjahre 2767 solcher Erkrankungen zu verzeichnen und zwar 1703 an Gonorrhöe und 1064 an Syphilis. Leider nehmen auch die Fälle der Erkrankungen an Alkoholvergiftung zu. In 11 Fällen dieser Art verlief einer tödlich. 1919 kamen nur zwei Erkrankungen vor.

Die Pensionskasse hatte 1920 einen durchschnittlichen Mitgliederbestand von 385 796. Ihre Einnahmen insgesamt betragen 95 443 584,22 Mark, die Ausgaben 36 818 392,88 Mk., mithin ist ein Ueberschuß von 58 625 191,34 Mk. erzielt worden. Der Bilanzwert des Vermögens der Pensionskasse betrug Ende 1920 in der Arbeiterabteilung 284 751 741,95 Mk., in der Beamtenabteilung 51 230 029,22 Mk., insgesamt also 335 981 771,17 Mk. Um die laufenden Unterstützungen bis zu ihrem Fortfall zu zahlen, ist ein Kapital von 237 660 764 Mk. erforderlich. Nach dem Kapitaldeckungsverfahren sind also die Ansprüche der jetzigen Invaliden gesichert. Wenn auch die Ansprüche der aktiven Mitglieder gesichert werden müßten, hätte die Pensionskasse einen Fehlbetrag von 1 859 224 676 Mk. zu verzeichnen. Diese Sicherung wäre aber nur in Ziffern. Bei einer Geldrevolution, wie sie gegenwärtig vor sich geht, sichert den wirklichen Wert auch das Anwartschaftsdeckungsverfahren nicht. Die versicherungstechnische Abgleichung der Bilanz, wie sie der Verwaltungsbericht für 1920 bringt, ist weiter nichts wie eine rechnerische Spielerei.

An Knappschaftsinvaliden waren am Schlusse des Berichtsjahres vorhanden 41 277, darunter 3323 Unfallinvaliden, 32 906 Krankheitsinvaliden und 5748 Kriegsbeschädigte, an Witwen 41 435. Das durchschnittliche Lebensalter bei der Invalidisierung betrug bei den Arbeitern 45, bei den Beamten 51,6 Jahre; das durchschnittliche Dienstalter betrug bei Arbeitern 21,1, bei Beamten 28,6 Jahre.

Die durchschnittliche Mitgliederzahl der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungskasse betrug 454 517, ihre Einnahme 23 578 320,05 Mk., die Ausgabe 28 796 554,65 Mk. Es ergab sich somit ein Fehlbetrag von 5 218 224,60 Mk. Aus dieser Kasse bezogen 2887 Personen Alters-, 16 721 Invaliden-, 764 Kranken-, 4041 Witwen-, 31 Witwenkranken- und 51 292 Waisenrenten. Der Bilanzwert des Vermögens dieser Kasse betrug 73 102 346,05 Mk. **Alle Kassenabteilungen zusammen haben ein Vermögen von 529 962 359,63 Mk.**

Außer den Leistungen der einzelnen Kassenabteilungen wurden an Teuerungszulagen für die Invaliden, Witwen und Waisen 23 407 740,58 Mk. gezahlt. Die Mittel hierzu brachte der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund auf. Dafür sind die Kohlenpreise mit Rücksicht auf die höheren sozialen Lasten entsprechend erhöht worden.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

„Das muß in die Zeitung!"

Jedes Gewerkschaftsorgan braucht Mitarbeiter aus dem praktischen Beruf. Im Beruf passieren so viele Dinge, welche allgemeines Interesse beanspruchen und die der Redakteur nicht wissen kann. Sie müssen ihm von den in Arbeit Stehenden übermittelt werden. Damit hapert es aber ganz gewaltig und auch im Bergbau läßt diese Seite zu wünschen übrig. Wirklich wichtige Dinge, die im Bergbau passieren, erfahren wir oft nur durch Zufall, oft viel zu spät oder auch gar nicht. Viel fleißiger sind die Kameraden im Schreiben, wenn es sich um nichtssagende Dinge handelt, um Dinge aber, die den einzelnen selbst angehen, ihn erregen usw. Hat es mal eine harte Auseinandersetzung mit den Vorgesetzten gegeben, erfolgte Bestrafung oder Beschimpfung, so regt das die beteiligten Kameraden auf. Sie sind sich darüber klar, daß dies unerhört und der Gipfel der Freiheit sei; dem Kerl muß eins ausgewischt werden, „das muß in die Zeitung!" In der Aufregung wird dies also an die Zeitung geschrieben mit der Meinung, daß die Sache die wichtigste der Welt sei. Der Redakteur ist jedoch anderer Ansicht. Es will ihm nicht einleuchten, daß der Krach zwischen dem Kameraden Schulze und dem Steiger Frechdachs die halbe Million Leser, die in allen Winkeln Deutschlands wohnen, nicht interessieren soll. Der Raum in der Zeitung ist beschränkt, der Redakteur kennt wichtigere Dinge. Das wird ihm aber krumm genommen.

Vor uns liegt eine Zuschrift aus Herne. Darin wird gesagt, daß der Steiger Peters von Zeche v. d. Heydt zu einem Hauer sagte: „Du dummer Polack, halt die Schnauze; gib Antwort, wenn du gefragt wirst." Der so bedachte ist ein Oberschlesier. Die Sache wird ein gerichtliches Nachspiel haben. So ist es recht. Solche Uebergriffe müssen mit geeigneten Maßnahmen pariert werden, die besser sind als die Zeitung. Man gehe sofort an die richtige Schmiede. Und wozu haben wir die Einrichtung der Betriebsvertretungen usw.? Dort muß angesetzt werden, dann können wir den Raum der Zeitung für wichtigere Dinge gebrauchen.

Ueber wichtige Vorgänge in den Betrieben ist dagegen die Berichterstattung zu mangelhaft. Wenn auf den Zechen z. B. Holzmangel derart vorhanden ist, daß eine Schädigung der Belegschaft entsteht, schlechte Abbaumethoden geführt werden, durch irgendwelche Maßnahmen die Belegschaften an Leben und Gesundheit gefährdet werden oder besonders geeignete oder ungeeignete Neuerungen eingeführt werden usw., so sind das oft Dinge, die allgemeines Interesse beanspruchen, die eine Veröffentlichung erheischen. Das muß in die Zeitung.

Zu dem Thema: „Die Betriebsräte haben nichts zu sagen", liegt uns eine Zuschrift eines westfälischen Betriebsrats vor. Darin wird gesagt: „Die Werksleitung fing an, schnoddrig zu werden. Bei einem harten Zusammenstoß sagte ich zum Betriebsführer: „Aendern Sie Ihre Behandlungsart Betriebsräten und Arbeitern gegenüber, andernfalls haben wir Mittel, um Sie zu kurieren, denn Sie betreiben auch nicht die Zeche, um nur die polizeilichen Vorschriften auszuführen." Als er weiter ruppig wurde, berieten wir im Betriebsrat und waren uns einig, daß wir mit größter Ruhe, Vorsicht und Ueberlegenheit ans Werk gehen müssen, damit wir keine Veranlassung zum Vorgehen gegen uns geben. Wir überlegten uns alle wichtigen Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und auch der bergpolizeilichen Verordnungen. Bei den nächsten Befahrungen fanden die Betriebsausschußmitglieder infolge der genauen Kenntnis der polizeilichen Bestimmungen auf einmal große Mengen von Mißständen, die alle eingetragen wurden. Mit Nachdruck wurde ihre Beseitigung gefordert. Das wiederholte sich bei den nächsten Befahrungen immer wieder. Das Beamtentum geriet aus dem Häuschen, aber was war zu machen? Die Mißstände bestanden und wir drückten immer mehr. Den Leuten schien dann ein Licht aufgegangen zu sein, sie fanden auf einmal, daß wir keine Schafsköpfe sind. **So haben wir uns einen glänzenden Respekt verschafft und der Belegschaft damit gedient, daß alle Mißstände baldmöglichst und mit unserem Rat beseitigt wurden."**

So weit die Zuschrift. In dieser wird auch geschildert, welcher Art die Mißstände waren. Vom Schacht angefangen durch fast alle Strecken, Bremsberge, Stapel, auf Anschlägen, vor den Oertern und besonders in Wetterstrecken hat man Mißstände gefunden. Nun, wer richtiger Bergmann ist, kennt das. Dieses Beispiel dürfte sich zur Nachahmung empfehlen.

Kommunistisch-unionistischer „Handelsrat".

Um die Betriebsräte von ihren eigentlichen Aufgaben abzulenken, überließen die Grubenverwaltungen ihnen die Beschaffung und den Verkauf von Lebens- und Bedarfsartikeln für die Belegschaften. Das hat zu vielen Klagen Anlaß gegeben. Nachdem die Organisationen eingegriffen haben und vernünftige Betriebsräte sich selbst dagegen ins Zeug legten, wurde es besser und man kann sagen, daß das schlimmste überwunden sei. Anders denkt jedoch der Gladbecker Führer der Kommunisten und Unionisten, Aßmus. Er trat während der aufgeregten Tage der Revolution zum ersten Male in die Erscheinung. Vorher hatte von ihm nie einer etwas vernommen. Nach Figur und Verhalten zu erteilen, war von Anfang an zu sehen, wie er seine politische Laufbahn beenden würde. In der letzten Zeit wurde er besonders bestaunt und man überlegte hin und her, **wo Aßmus das Geld für die elegante Kleidung und den Wirtshausbesuch hernehme.** Einiges hat sich nun herausgestellt. Aßmus war, wie das bei solchen Leuten nicht anders sein kann, Betriebsrat geworden und zwar auf der Zeche Matthias Stinnes III/IV in Gladbeck. Dort bestehen unglaubliche Verhältnisse. Aßmus war Obmann dieses Betriebrats geworden und machte im vergangenen Herbst **Kartoffelabschlüsse mit einem Kartoffelgroßhändler** von hier. Am Handel muß auch etwas verdient werden, sagt sich A. und er selber wollte nicht leer ausgehen. Darum **überredete er einen Kartoffelkleinhändler,** der im Auftrage des Großhändlers die Kartoffeln auf der Zeche Matthias Stinnes ausgab, **er solle die Kartoffeln, welche der Belegschaft gehörten, zum Teil im Kleinhandel an Private umsetzen und ihm die Hälfte von dem Mehrverdienst abgeben.** Der Privatpreis stand nämlich um 20—25 Mk. pro Zentner höher. Beide machten nun ein gutes Geschäft und die Belegschaft konnte sehen, wo sie Kartoffeln bekam. Da A. aber zuviel Geld von dem Kleinhändler haben wollte, wurden beide uneins und die Sache stand still. Als in diesem Frühjahr wieder Kartoffeln ankamen, ließ A. die Ausgabe derselben durch den Kleinhändler nicht mehr zu; er nahm die Ausgabe nun selbst an die Hand. **Der Kleinhändler aber brachte die Sache ans Licht.** Aßmus selbst war mit seiner Kartoffelausgabe nun schnell am Ende. Am ersten Waggon fehlten schon mehrere Zentner und man kam ihm sofort dahinter, daß er gleich einige Zentner gegen bar verkauft, dieses Geld aber nicht abgeliefert hatte. Er hatte sogar die entsprechende Listeneintragung, die ein anderer vorgenommen hatte, ausradiert. So brach das eben so schön begonnene Geschäft zusammen und mit ihm der edle Kommunist. Nun ist A. Betriebsrat a. D. Wenn die Arbeiter doch endlich die Schreihälse erkennen möchten!

Knieschützer.

In flach gelagerten dünnen Flözen, in welchen das Arbeiten nur in knieender Stellung möglich ist, stellen sich bei den Bergarbeitern vielfach schlimme Erkrankungen der Knie ein. Dieses ist eine Tatsache, die allen erfahrenen Bergarbeitern bekannt ist. Um diese Erkrankungen zu beheben, hat Herr Jakob Baltes aus Essen einen Knieschützer erfunden, welcher sich nach vorgelegten Gutachten bewähren soll. Auch der Vorsitzende des Betriebsrates der Zeche Langenbrahm II, Kamerad Schamp, hat sich gutachtlich geäußert. Die Betriebsräte solcher Zechen, welche flach gelagerte dünne Flöze abbauen, werden gut tun, sich diese Erfindung vorführen zu lassen und falls sie diese für gut halten, bei ihrer Grubenverwaltung auf deren Einführung zu drängen. Den Vertrieb hat die Firma Wilhelm Ackermann in Essen, Frau Berta Krupp-Straße 1, übernommen. Dorthin mag man sich wenden.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Bezirk Niederschlesien.

Auf Einladung der Bezirksleitung Waldenburg unseres Verbandes hatten sich am 13. Juni im „Schützenhaus" zu Waldenburg die Betriebsräte und Vertrauensleute aller im niederschlesischen Steinkohlenbergbau vertretenen Arbeiterorganisationen eingefunden. Die Konferenz sollte Stellung nehmen zu dem Abkommen über Mehrarbeit, das am 10. Juni in Berlin ausgearbeitet worden war.

Kamerad Hoffmann von der Bezirksleitung Waldenburg gab in kurzen, knappen Sätzen einen übersichtlichen Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen. Er führte u. a. aus: Die Kohlenversorgung Deutschlands gestaltet sich immer schwieriger, Oberschlesiens Förderung wird der deutschen Volkswirtschaft verloren gehen und schon heute werden ungeheure Summen ausgegeben zur Einfuhr ausländischer Kohlen, die die Kaufkraft der deutschen Mark weiter schwächen und damit den Konsumenten indirekt wieder schwer treffen. Die Bergarbeiter als Produzenten des Urstoffes haben eine große volkswirtschaftliche Aufgabe vor allem der Arbeiterschaft der kohlenverbrauchenden Industrie gegenüber und sie sollten sich der Tragweite dieser Tatsache voll und ganz bewußt sein.

Redner schilderte dann die rein ziffernmäßige Seite des Abkommens, das eine nicht unerhebliche Erhöhung des Arbeitseinkommens mit sich bringt. Er kam dann auch auf die Ablehnung des Abkommens durch die Ruhrbergarbeiter zu sprechen und führte unter Beifall der Versammlung aus, daß die Ruhrbergarbeiter, die sich gegen die geregelten Ueberschichten aussprachen, nun auch die heilige Verpflichtung haben, ihre unregelmäßigen und wilden Ueberschichten einzustellen, die geradezu verderblich für die ganze Bergarbeiterschaft wirken. Vor allen Dingen haben nun die Kreise, die den vier Bergarbeiterorganisationen Verlängerung der Arbeitszeit vorwerfen und damit agitatorisch treiben gehen, die Aufgabe, in ihren eigenen Kreisen für Innehaltung der Arbeitszeit zu sorgen, zumal es eine Binsenwahrheit ist, daß auf den radikalen Pütts Ueberschichten Trumpf sind. Die niederschlesischen Bergarbeiter haben sich eine einheitliche Organisation bewahrt und kraft derselben werden sie auch den Versuch einer dauernden Verlängerung der Arbeitszeit immer abwehren können. Als Organisationsvertreter ersuchte er um Annahme des Abkommens.

Nach den Vertretern der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Bergarbeiter sprachen dann die Kameraden aus dem Betriebe, die sich ausnahmslos gegen die Mehrarbeit aussprachen. Eine eingebrachte Entschließung wurde mit zur Diskussion gestellt aber abgelehnt, da die Sprecher der Opposition hinter der Entschließung irgendwelche geheimen Fallstricke vermuteten. Diese Entschließung lautete:

„Die am 13. Juni im „Schützenhaus" zu Waldenburg versammelten Betriebsräte und Vertrauensleute aller im niederschlesischen Steinkohlenrevier vertretenen Arbeiterorganisationen können dem Abkommen der Ueberarbeit nicht beitreten, deshalb, weil

1. die Lohnerhöhung, die außerhalb des Abkommens über Mehrarbeit gewährt werden soll, nicht den tatsächlichen Teuerungsverhältnissen entspricht,
2. weil die von den vier Bergarbeiterverbänden aufgestellten Forderungen nicht bewilligt wurden.

Die Konferenz nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Tatsache, daß von den zentralen Lohnverhandlungen abgewichen wurde und bedauert den Versuch der Isolierung einzelner Reviere. Sie fordert die Bergarbeiterverbände auf, unter allen Umständen an den zentralen Lohnverhandlungen festzuhalten.

In der Erkenntnis, daß in der heutigen Kohlenwirtschaft schwere Mängel liegen, die einseitig eine Industrie treffen und damit die Bergarbeiterschaft schwer bedrohen, verlangt die Versammlung eine gerechtere Staffelung der Kohlensteuer, vor allem aber Besteuerung der Einfuhrkohle in Höhe der Inlandskohle.

Die Konferenz ist weiter der Ansicht, daß die Abgeltung für Materialiensteigerung und soziale Lasten in keinem Verhältnis zu den Lohnerhöhungen der Bergarbeiter steht. Eine Nachprüfung der für genannte Zwecke vorgesehenen Mittel ist unbedingt erforderlich.

Die versammelten Vertreter der niederschlesischen Bergarbeiterschaft verkennen nicht die Kohlennot und ihre Folgen, vor allem für die Arbeiterschaft. Sie sind sich ihrer volkswirtschaftlichen Aufgaben bewußt, verlangen aber, daß man ihren Vertretern im Produktionsprozeß auch die Rechte einräumt, die ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung entsprechen."

Die nach dem Schlußwort des Kameraden Hoffmann vorgenommene geheime Abstimmung ergab dann 240 gegen und 13 Stimmen für die Resolution.

Unter Punkt 2 der Tagesordnung gab dann Kamerad Hoffmann den ergangenen Bescheid des Oberbergamtes Breslau in der Beschwerdesache der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes gegen den vorläufigen Bezirkswirtschaftsrat in Sachen Befahrung der Grubenbaue durch Mitglieder des Betriebsrates ohne Aufsichtsbeamten bekannt. Das Oberbergamt Breslau hat den ablehnenden Bescheid des Bezirkswirtschaftsrates bestätigt, der dahin geht, daß es den Bezirksratsmitgliedern aus Betriebs- und Sicherheitsgründen nicht gestattet werden kann, die Gruben ohne Begleitung einer Aufsichtsperson zu befahren. Etwa doch verfahrene Schichten brauchen vom Arbeitgeber nicht bezahlt zu werden. Dieser Entscheid war ergangen auf eine Beschwerde der Verwaltung der Abendrötegrube, die dem Vorsitzenden des Betriebsrates die Bezahlung der verfahrenen Schicht verweigerte und das Bergrevieramt Waldenburg anrief. Das Verhalten der genannten Verwaltung stellt einen glatten Vertragsbruch dar, da in den Richtlinien über die Tätigkeit der Betriebsräte die Angelegenheit festgelegt ist. Daß sich Berg- und Oberbergamt auf die Seite der Verwaltung stellen, ist weiter nicht verwunderlich, wenn man sich die Zusammensetzung dieser Behörden unter die Lupe nimmt. Die Konferenz billigte die Haltung der Bezirksleitung in dieser Frage und nahm einstimmig nachstehende Entschließung an:

„Die am 13. Juni im Schützenhaus zu Waldenburg versammelten Vertreter der niederschlesischen Bergarbeiterschaft, Betriebsräte und Vertrauensleute aller im Steinkohlenbergbau beteiligten Arbeiterorganisationen nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Bescheide des Oberbergamtes Breslau betr. Beschwerde gegen die Entscheidung des vorläufigen Bezirkswirtschaftsrates bezüglich der Befahrung der Gruben ohne Aufsichtsbeamten. Die Versammelten empfinden die ergangene Entscheidung als einen Schlag gegen das Recht der Betriebsräte, die nicht dazu angetan ist, die jetzt so notwendige Arbeitsfreudigkeit zu steigern. Sie fordern die Bezirksleitung auf, gegen die ergangene Entscheidung beim Minister für Handel und Gewerbe Beschwerde zu führen, da die Entscheidung dem § 66 BRG. widerspricht."

Nach Worten des Dankes für die bewiesene Disziplin und mit dem Ersuchen, auch fernerhin festzuhalten an der Organisation, wurde die Versammlung durch den Leiter Kameraden Hans Witzmann geschlossen.

Saargebiet.

Der Ordenssegen der franz. Bergverwaltung des Saargebietes.

Für dreißig- und mehrjährige Dienste wird zurzeit den Saarbergarbeitern auf allen Inspektionen ein bronzener Knopf an einem mit gelben Streifen umränderten blauen Bande verabfolgt. Orden wird dieses Spielzeug genannt. Es ist für den Arbeitgeber ein billiges Vergnügen; für ein paar Centimen erhält er dieses Blech (pardon: Bronze), mit welchem man die Arbeiterschaft über die ihr vorenthaltenen Rechte hinwegtäuschen zu können glaubt. Die Berater der französischen Bergverwaltung sehen jedenfalls im Geiste die ordendurchwebte Zeit saarabischer Kriegervereinspolitik und die damit verbundene Knechtseligkeit und Entrechtung der arbeitenden Masse wieder erstehen. Es ist geradezu ein Hohn und zeigt, wie der französische Arbeitgeber die Saarbergarbeiter einschätzt, um ihnen ein solch wertloses Zeug anbieten zu können. Der sogenannte Orden trägt neben dem Bergmannswappen die Inschrift: „Französische Staatsgruben des Saargebietes", auf der anderen Seite: „Ehre und Arbeit". Die Bergarbeiter werden zum größten Teil einzeln auf die Bureaus bestellt, um ihnen die hohe Ehrung mitzuteilen. Einzelnen Leuten, welche für diese Kinkerlitzchen keine Verwendung zu haben glaubten, wurde hintenherum (genau wie früher) bedeutet, sie könnten vielleicht, wenn sie den Orden nicht nehmen, Schaden haben. Unter diesem saarabisch-französischen Druck bringt man sein Spielzeug an den Mann. Ein Frank, für welchen sich der Arbeiter ein Viertel Pfund Wurst kaufen könnte, wäre ihm lieber als der ganze Waffenknopf, hört man sagen. Die frühere preußische Verwaltung hat alljährlich den älteren Bergarbeitern Uhren geschenkt. Die Verdienste der Saarbergarbeiter scheinen aber der französischen Bergwerksdirektion noch nicht so groß zu sein, um eine Uhr schenken zu können. Es ist ja auch verständlich, da dieselben erst 2½ Jahre französische Kohlen fördern.

Trotz aller Ehrung der Arbeit hat man aber auch nicht vergessen, der Klassifizierung auch beim Ordenssegen zu gedenken. Während man die schwere, gesundheitlich schädigende Arbeit des Bergarbeiters mit einem Bronzekopf belohnt, wird die Angst um das Förderseil und Prämienstreichung der Steiger in Silber bewertet. Die höchsten Leistungen der Obersteiger werden sogar in dem in allen Staaten so sehr mangelnden Gold aufgewogen. Wie unschätzbar müssen die Verdienste der ehemaligen preußischen Obersteiger sein, welche zum Teil auch heute noch 20 Stunden im Betrieb zubringen, wenn selbst das arme Frankreich trotz des Goldmangels noch so viel aufbringt, um den besonders tüchtigen Bergarbeitern im Obersteigerkittel einen Goldknopf zu schenken! Alle französischen Ordensritter erhalten dazu eine Urkunde, in welcher dem Inhaber seine langjährigen treuen Dienste im Saarbergbau bestätigt werden.

Leider steht diese ganze Aufmachung mit der Wirklichkeit im Gegensatz, denn die treuen Diener werden trotz 20-, 30-, ja 40jähriger Arbeit beim geringsten Vergehen aufs Straßenpflaster geworfen. Bestrafungen, Minderlohn und Entrechtung sind der Gegensatz der Anerkennung für treue Dienste. Es ist genau so wie früher, wo der Saarbergmann an Tagen der Kriegervereinsfeste der Kamerad der Berg- oder Oberbergräte und an anderen Tagen der Faulenzer war. Für die geringsten wirtschaftlichen Rechte, für eine anständige menschliche Behandlung und Entlohnung als Anerkennung ihrer Arbeit würden die gesamten Ordensritter das ihnen aufgezwungene Blech eintauschen, da es für dieselben keinen Wert besitzt. Ein Rat wird uns aus Arbeiterkreisen gegeben: alle Ordensinhaber sollen darauf aufmerksam gemacht werden, daß sie ihren Orden tagtäglich am Schweißkittel anhängen sollen, damit jeder Ingenieur, Obersteiger, Fahrsteiger und Steiger immer an die treuen Dienste erinnert wird, wenn sie Strafen verhängen, Schichten streichen oder wegen einseitig festgestellter Minderleistung unter dem Mindestlohn zahlen. Wir sind gespannt, ob beim Rückkauf der Gruben dem deutschen Staat auch die aus alten Uniformen gewonnenen Bronzeknöpfe angerechnet werden. **Die Saarbergarbeiter werden dann diese Orden für zwölftägige Urlaubszeit, Siebenstundenschicht, Betriebsrätegesetz, Reichsknappschaftsverein, demokratische Rechte im Arbeits- und Staatsbürgerverhältnis mit Freuden nach 13 Jahren umtauschen.**

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 25. Woche (vom 18. bis 24. Juni) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Achtung Jugendobleute! In den nächsten Tagen gehen den Bezirksleitungen die „Leitfaden für Jugendobleute" zu. Falls diese noch nicht baldigst zugestellt werden sollten, müßt ihr sie bei eurer Bezirksleitung anfordern. Bezirksleitungen, die eine starke Nachfrage zu verzeichnen haben, mögen das der Jugendzentrale mitteilen. Wir sorgen für Bedarfsdeckung.

Bücherrevisionen.

Lenstroy-Horstmar. Vom 15. bis 31. Juli. — **Kaltehardt.** Vom 1. bis 15. Juli. — **Sambern.** Vom 1. bis 15. Juli.

Krankengeldauszahlung.

Marl. Das Krankengeld und andere Unterstützungen werden jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, vorm. von 8—11 Uhr, beim Kassierer Max Nuß, Marl, Gartenstraße 7b ausgezahlt.

Adressenänderungen.

Weimar I. Der Vertrauensmann Heinrich Fledderjohann wohnt Göttinger Straße 330.

Was die Ruhr mir sang.
Gedichte von H. Kämpchen.
Dritter Band.
Preis für Mitglieder des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands 4 Mark — im Buchhandel 6 Mark.